

Kieler **Diskussionsbeiträge**



Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2008

Nr. 454/455 | Juni 2008

Institut für Weltwirtschaft Kiel

Web: www.ifw-kiel.de

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

Herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft

24100 Kiel

Tel: +49/431/8814-1; Website: <http://www.ifw-kiel.de>

Schriftleitung:

Prof. Dr. Harmen Lehment

Tel: +49/431/8814-232; E-Mail: harmen.lehment@ifw-kiel.de

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISSN 0455-0420

ISBN 3-89456-299-4

© Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 2008.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten oder zu verbreiten.

Inhalt

Deutlich verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft 3

Jonas Dovern, Klaus-Jürgen Gern, Jens Hogrefe, Nils Jannsen, Björn van Roye und Joachim Scheide

Kasten 1: Auswirkungen einer Straffung der Kreditstandards auf die Konjunktur in den Vereinigten Staaten	8
---	---

Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab 20

Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier und Joachim Scheide

Deutlich verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft

Jonas Doovern, Klaus-Jürgen Gern,
Jens Hogrefe, Nils Jannsen, Björn van Roye
und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

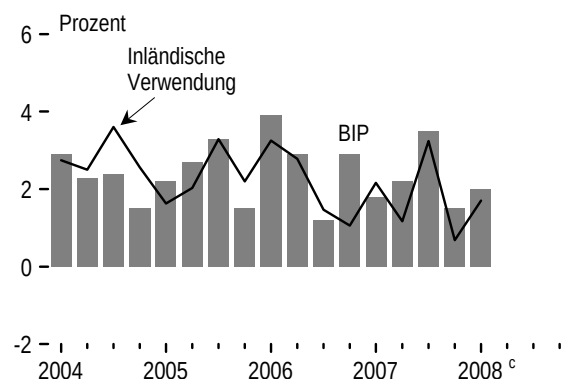
Die Weltkonjunktur sieht sich derzeit erheblichen Belastungen gegenüber. Die Konjunkturlokomotive Vereinigte Staaten ist als Folge der Immobilienkrise und der dadurch ausgelösten Probleme im Finanzsektor ausgefallen. Auch in anderen Ländern hat sich die Lage an den Immobilienmärkten eingetrübt. Gleichzeitig hat die Inflation, ausgehend von dem unvermindert kräftigen Anstieg der Rohstoffpreise, weltweit erheblich angezogen. Um eine Verfestigung der Inflation zu vermeiden, zögern die Notenbanken in vielen Ländern damit, der Fed zu folgen und ihre Politik zu lockern, teilweise wurde die Geldpolitik sogar bis zuletzt weiter gestrafft. Bei diesen Rahmenbedingungen erwarten wir, dass die Weltproduktion in diesem und im nächsten Jahr deutlich langsamer zulegen als in den vergangenen vier Jahren, in denen Zuwächse von jahresdurchschnittlich 4,8 Prozent verzeichnet wurden; wir haben unsere Prognose für die Jahre 2008 und 2009 im Vergleich zum Frühjahr leicht auf 3,9 bzw. 3,7 Prozent zurückgenommen. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten wird nur dank erheblicher wirtschaftspolitischer Impulse an einer Rezession vorbeischrappen. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung in Japan und im Euroraum wird demgegenüber nur leicht zurückgehen. Recht kräftig wird die Wirtschaft weiterhin in den Schwellenländern expandieren, wenngleich sich insbesondere im asiatischen Raum die Zuwachsraten ebenfalls spürbar verringern dürften.

Nochmals kräftige Produktionsausweitung zu Jahresbeginn

Trotz des Gegenwindes durch die Finanzmarktkrise und die steigenden Rohstoffpreise zeigte sich die Weltkonjunktur in den ersten Monaten des Jahres 2008 in robuster Verfassung. In den Industrieländern beschleunigte sich der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts sogar wieder (Abbildung 1). Dies lag vor allem daran, dass die Produktion in Japan und im Euroraum kräftig zunahm. Dagegen legte die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten abermals nur geringfügig zu. In der Grundtendenz verlangsamte sich nach unserer Einschätzung die konjunkturelle Expansion in den Industrieländern gleichwohl weiterhin. Zudem mehrten sich die Anzeichen, dass auch in den Schwellenländern die wirtschaftliche Dynamik allmählich nachlässt. Das weltweite Konjunkturklima hat sich jedenfalls beträchtlich abgekühlt (Abbildung 2).

In den Vereinigten Staaten kam es im ersten Quartal 2008 nicht zum Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion infolge der Krise am Immobilienmarkt, der vielfach erwartet worden war. Vielmehr expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer laufenden Jah-

Abbildung 1:
Konjunktur in den G7-Ländern 2004–2008^{a,b}

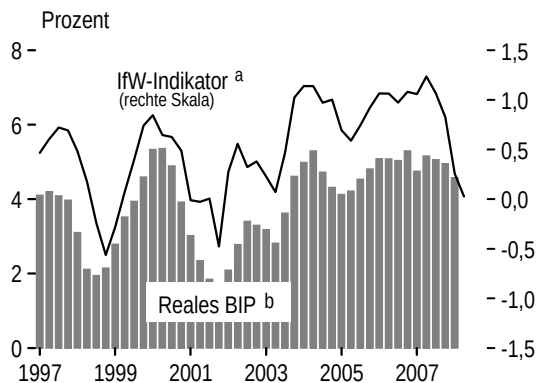


^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet. — ^bVereinigte Staaten, Japan, Kanada, Deutschland, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich. — ^c1. Quartal 2008 teilweise geschätzt.

Quelle: OECD (2008); eigene Berechnungen.

Deutlich verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft

Abbildung 2:
Weltwirtschaftliche Aktivität 1997–2008^{a,b}



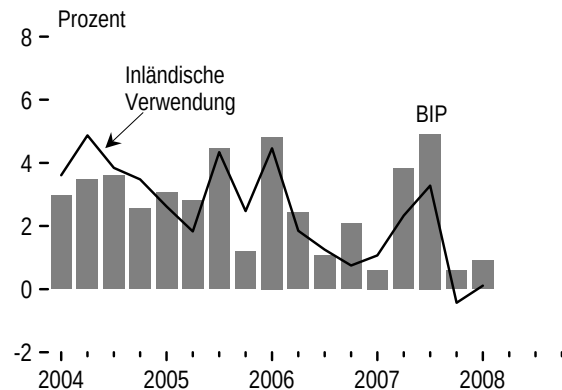
^aAuf Basis von Stimmungsindikatoren aus 41 Ländern. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr; 1. Quartal 2008 teilweise geschätzt.

Quelle: OECD (2008); nationale Quellen; eigene Berechnungen.

resrate von 0,9 Prozent sogar geringfügig stärker als im vierten Quartal (Abbildung 3). Stützend wirkten vor allem die Lagerentwicklung und der Außenhandel, während die inländische Endnachfrage deutlich zur Schwäche neigte. Der private Konsum legte zwar weiterhin zu, jedoch mit einer Rate von nur 1 Prozent merklich verlangsamt. Dabei sind die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter kräftig gesunken, und der Anteil des „nichtaufschiebbarer“ Konsums¹ an den gesamten privaten Konsumausgaben hat sich in den vergangenen Monaten stark erhöht. Dies ist ein für konjunkturelle Schwächephasen typisches Muster (Abbildung 4). Der Rückgang der Anlageinvestitionen verstärkte sich auf eine Rate von 7,8 Prozent, nach einem Minus von 4 Prozent im Vorquartal. Dabei beschleunigte sich die Kontraktion im Wohnungsbau nochmals leicht, auf nun annualisiert 25,5 Prozent. Hinzu kamen eine Abnahme der Investitionen in Ausrüstungen und Software sowie eine Stagnation im Wirtschaftsbau. Im vergangenen Jahr hatte er im Durchschnitt noch um mehr als 15 Prozent zugelegt. Vor diesem Hintergrund verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt

¹ Unter „nichtaufschiebbarem Konsum“ werden hier die Ausgaben für Wohnen, medizinische Versorgung, Transport sowie laufende Haushaltsausgaben zusammengefasst.

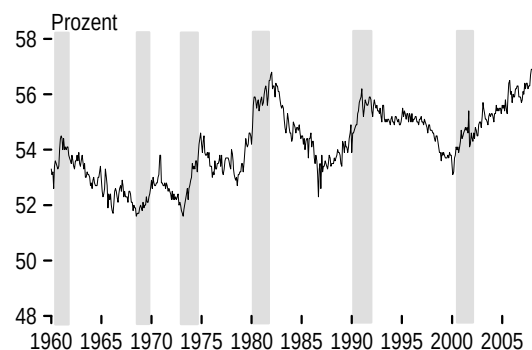
Abbildung 3:
Konjunktur in den Vereinigten Staaten 2004–2008^a



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: US Department of Commerce (2008).

Abbildung 4:
Nicht aufschiebbarer Konsum in den Vereinigten Staaten 1960–2008^{a,b}



^aIn Prozent der gesamten privaten Konsumausgaben. — ^bRezessionsphasen nach NBER sind grau hinterlegt.

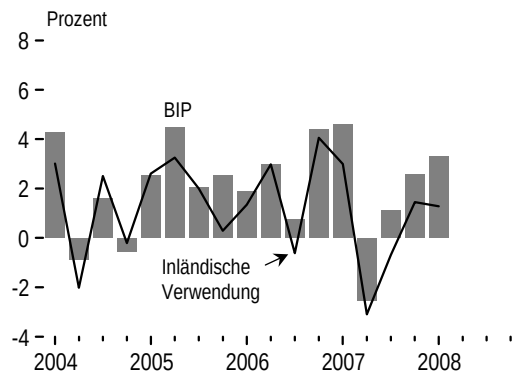
Quelle: US Department of Commerce (2008); eigene Berechnungen.

weiter. Die Beschäftigungsverluste sind jedoch nach wie vor gering, und die Arbeitslosigkeit ist immer noch relativ niedrig.

In Japan legte das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 3,3 Prozent zu (Abbildung 5). Der Zuwachs war überraschend kräftig angesichts einer deutlichen Verschlechterung der Stimmungsindikatoren. Getragen wurde die Expansion vom privaten Verbrauch, der ungeachtet stagnierender Realeinkommen mit einer Rate

Deutlich verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft

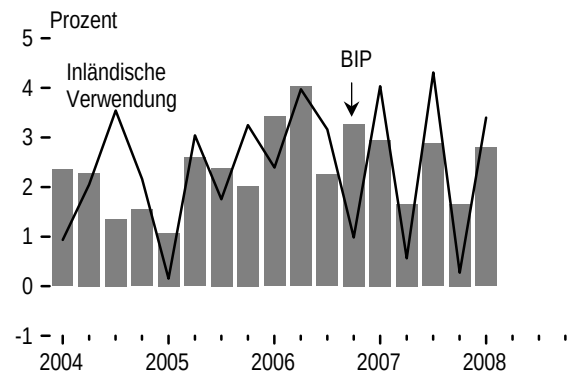
Abbildung 5:
Konjunktur in Japan 2004–2008^a



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Cabinet Office (2008).

Abbildung 6:
Konjunktur im Euroraum 2004–2008^a



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

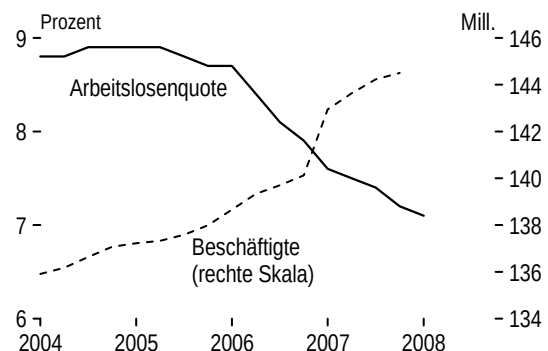
Quelle: Eurostat (2008).

von 3,4 Prozent stieg, und vom Außenbeitrag, der dank einer starken Ausweitung der Exporte erneut deutlich zunahm. Hinzu kam eine Erholung im Wohnungsbau, der im zweiten Halbjahr 2007 infolge der Einführung strengerer Bauvorschriften eingebrochen war. Demgegenüber gingen die Unternehmensinvestitionen spürbar zurück, was nicht zuletzt eine Folge der zunehmend skeptischen Einschätzung der Absatz- und Ertragsaussichten durch die Unternehmen ist.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum nahm im ersten Quartal 2008 mit einer laufenden Jahresrate von fast 4 Prozent zu, nach einem nur mäßigen Zuwachs im Vorquartal (Abbildung 6). Vor allem die inländische Verwendung wurde erheblich rascher ausgeweitet. Der überwiegende Teil der Beschleunigung erklärt sich allerdings aus der ausgeprägten Zunahme der Produktion in Deutschland, die auch durch Sonderfaktoren bedingt ist (Boss et al. 2008a). Im übrigen Euroraum nahm das Bruttoinlandsprodukt insgesamt in wenig verändertem Tempo zu. Dabei zeigen sich freilich erhebliche regionale Unterschiede. Während sich die Konjunktur in Frankreich und den meisten kleineren Ländern des Euroraums noch recht robust präsentierte, blieben erneut Italien und seit Jahren zum ersten Mal auch Spanien deutlich hinter der durchschnittlichen Entwicklung zurück. In Spanien hat eine

Korrektur am überhitzten Immobilienmarkt eingesetzt, und es zeichnet sich nach einer langen Phase starker konjunktureller Expansion, die nicht zuletzt durch den Wohnungsbau getragen war, eine deutliche Abschwächung der Dynamik ab. Im Euroraum insgesamt hielt der seit 2006 laufende Aufschwung am Arbeitsmarkt bis zum Frühjahr an, auch wenn sich der Anstieg der Beschäftigung in den vergangenen Monaten deutlich verlangsamt hat und die Arbeitslosenquote nur noch geringfügig, auf zuletzt 7,1 Prozent, gesunken ist (Abbildung 7). In vielen Ländern des Euroraums haben die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre dazu

Abbildung 7:
Arbeitsmarkt im Euroraum 2004–2008^a



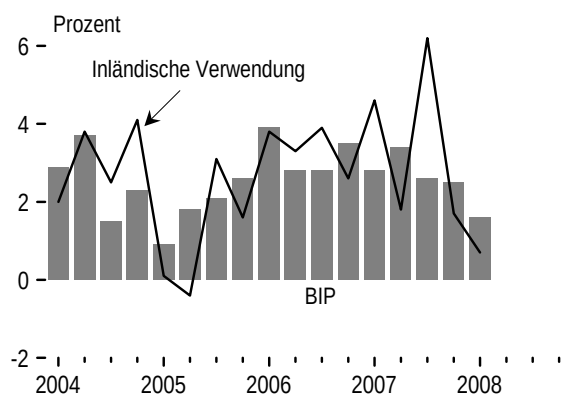
^aSaisonbereinigt.

Quelle: Eurostat (2008); eigene Berechnungen.

geführt, dass auch ein moderater Produktionsanstieg noch mit einem Beschäftigungsaufbau einhergeht.

In den Ländern der Europäischen Union außerhalb des Euroraums ließ die konjunkturelle Dynamik im ersten Quartal 2008 insgesamt etwas nach. Im *Vereinigten Königreich* nahm das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer laufenden Jahresrate von 1,6 Prozent zu (Abbildung 8), also deutlich langsamer als das Produktionspotential. Hier machte sich vor allem eine verlangsamte Ausweitung der Produktion im Dienstleistungssektor bemerkbar, die nicht zuletzt auf die bremsenden Wirkungen der Finanzmarktkrise für die Geschäftstätigkeit am Finanzplatz London zurückzuführen sein dürfte. Auf der Verwendungsseite wurde die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts durch den Anstieg des privaten Konsums sowie durch eine Verbesserung des Außenbeitrags gestützt. Hingegen gingen die Investitionen merklich zurück. Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die konjunkturelle Verlangsamung bislang noch nicht deutlich niedergeschlagen: Die Zahl der Beschäftigten nahm bis zuletzt leicht zu, und die Arbeitslosenquote stagniert seit Herbst bei 5,2 Prozent.

Abbildung 8:
Konjunktur im Vereinigten Königreich 2004–2008^a



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Office for National Statistics (2008).

In den *mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern* der EU nahm die Produktion insgesamt wohl auch im ersten Quartal 2008 recht kräftig zu. Allerdings machen sich die Kaufkraftverluste durch die stark gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreise zunehmend bemerkbar. Hinzu kommen die Folgen der geldpolitischen Straffung, die in mehreren Ländern bis in die ersten Monate dieses Jahres fortgesetzt wurde. Gleichwohl stieg die Produktion in den meisten Ländern weiterhin deutlich rascher als im Euroraum. Eine Ausnahme ist nach wie vor Ungarn, das sich seit zwei Jahren in einem schmerzhaften Konsolidierungsprozess befindet. Außerdem hat sich in den baltischen Staaten die zuvor ausgesprochen hohe wirtschaftliche Dynamik zuletzt stark abgeschwächt.

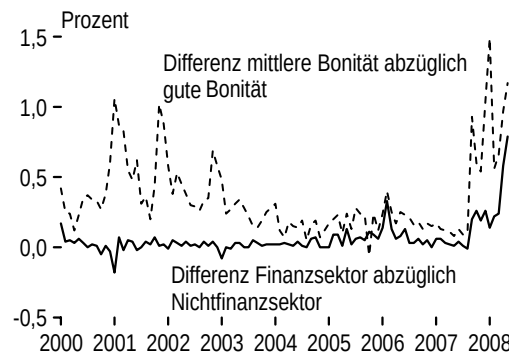
Die Konjunktur in den *Schwellenländern* hatte sich im vergangenen Jahr vor dem Hintergrund der gestiegenen Ölpreise, der schwächer werdenden Nachfrageimpulse aus den Vereinigten Staaten und der Finanzmarktkrise als robust erwiesen. Seit der Jahreswende sind allerdings „erste Bremsspuren“ erkennbar, vor allem in Asien. Neben der nachlassenden Exportdynamik infolge der Schwäche der US-Konjunktur spielen hier vor allem die negativen Auswirkungen der drastischen Verteuerung von Grundnahrungsmitteln auf Kaufkraft und wirtschaftliche Stimmung eine Rolle. Besonders stark hat sich die konjunkturelle Expansion in Indien abgeschwächt, wo die Geldpolitik bereits seit geraumer Zeit auf eine Dämpfung der Nachfrage ausgerichtet ist. Aber auch in China mehrten sich die Anzeichen dafür, dass die Wirtschaft seit Jahresbeginn mit etwas geringeren Raten expandiert als im vergangenen Jahr. Hingegen blieb die konjunkturelle Dynamik in den meisten Ländern Lateinamerikas hoch. Lediglich in Mexiko ist infolge der engen Verflechtung mit der US-Wirtschaft eine deutliche Dämpfung des Produktionsanstiegs erkennbar. Ein Grund für die robuste Entwicklung in Lateinamerika ist, dass hier viele Länder als Nettoexporteur von Rohstoffen von den hohen Rohstoffpreisen profitieren. Dies gilt in noch größerem Maße für Russland, wo die Wirtschaft zu überhitzen droht.

Finanzmarktkrise noch nicht ausgestanden

Die Lage an den Finanzmärkten in den USA und in Europa hat sich in den letzten Wochen zwar etwas beruhigt, sie bleibt aber auch neun Monate nach Ausbruch der Krise angespannt. Hoffnungsvoll stimmt, dass sich die Aktienkurse in den vergangenen Wochen stabilisiert haben. Auch scheinen Aktivitäten der Banken, die unter der Finanzmarktkrise besonders gelitten haben, etwa die Finanzierung von Unternehmensübernahmen oder die Durchführung von Aktienemissionen, allmählich wieder anzuziehen. Gleichzeitig ist das Vertrauen der Banken untereinander aber nicht wieder hergestellt. Die Risikoprämie, die auf unbesichertes Dreimonatsgeld im Interbankenmarkt zu zahlen ist, ist immer noch ungewöhnlich hoch.

Die anhaltende Risikoaversion zeigt sich auch an den Renditen für Unternehmensanleihen. So müssen Unternehmen mittlerer Bonität (außerhalb des Finanzsektors) in den Vereinigten Staaten am Kapitalmarkt weiterhin einen deutlich höheren Zins zahlen als Unternehmen guter Bonität (Abbildung 9). Der Zinsspread war im Mai 2008 mit reichlich einem Prozentpunkt sogar noch etwas höher als in den Phasen erhöhter Risiken Anfang dieses Jahrzehnts, als das Platzen der Internet-Blase, der Anschlag auf das World Trade Center und der Enron-Skandal das Umfeld belastet hatten. Ungewöhnlich ist, dass die Unternehmen des Finanzsektors gegenüber Unternehmen anderer Sektoren mit gleicher Einstufung der Bonität durch die Rating-Agenturen bei der Refinanzierung am Kapitalmarkt einen kräftigen Aufschlag zahlen müssen. Grund hierfür dürfte die Unsicherheit über den möglichen Abschreibungsbedarf von Finanzinstituten im Zuge der Krise am Immobilienmarkt sein. Zudem haben sich zuletzt mit der gesamtwirtschaftlichen Abschwächung auch die Kreditausfälle und Zahlungsrückstände außerhalb des Immobiliensektors weiter erhöht. So sind im ersten Quartal ein Prozent des Kreditvolumens ausgefallen und 2,8 Prozent wiesen Zahlungsrückstände auf, vor einem Jahr waren noch 0,5 bzw. 1,8 Prozent des Volumens betroffen.

Abbildung 9:
Renditedifferenzen kurzfristiger Anleihen in den Vereinigten Staaten 2000–2008



Quelle: Federal Reserve Board (2008); eigene Berechnungen.

Insgesamt sahen sich die Banken zuletzt in den Vereinigten Staaten ebenso wie im Euroraum zu einer deutlichen Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien sowohl für Unternehmen als auch für Konsumenten veranlasst und dürften dadurch Investitionen und den Konsum weiter bremsen. Eine empirische Untersuchung für die Vereinigten Staaten zeigt, dass bei einer Verschärfung der Kreditstandards um 10 Prozentpunkte der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt um etwas weniger als 0,1 Prozent geringer ausfallen würde, wobei ein wichtiger Kanal in den Investitionen in Ausrüstungen und Software zu sehen ist (Kasten 1). Der Index der Kreditstandards hat sich allein im zweiten Quartal um 20 Prozentpunkte erhöht und ist seit dem zweiten Quartal 2007 sogar um nahezu 50 Punkte gestiegen. Als Folge könnte der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in den Vereinigten Staaten allein in diesem Jahr um bis zu 0,4 Prozentpunkte pro Quartal niedriger ausfallen, und auch im nächsten Jahr sind noch beträchtliche dämpfende Effekte für die Konjunktur zu erwarten.² Damit haben sich die monetären Rahmenbedingungen für die Kon-

² Eine vergleichbare Untersuchung ist für Deutschland oder den Euroraum derzeit aufgrund des zu kleinen Stichprobenumfangs der Kreditstandards nicht möglich. Eine ähnliche Untersuchung zu den Auswirkungen der Finanzmarktkrise zeigt, dass eine erhöhte Abschreibungsquote die Konjunktur in Deutschland spürbar bremst. Vgl. Boss et al. (2008b: Kasten 1).

Kasten 1:

Auswirkungen einer Straffung der Kreditstandards auf die Konjunktur in den Vereinigten Staaten

Die Kreditstandards für Unternehmen haben sich in den Vereinigten Staaten in den vergangenen Monaten erheblich verschärft. Im zweiten Quartal 2008 stieg der Saldo aus dem Anteil der Banken, die angaben, ihre Kreditstandards für Unternehmen in den vergangenen drei Monaten angezogen zu haben und jenem Anteil der Banken, die ihre Kreditstandards abschwächten, um mehr als 20 Prozentpunkte auf nun 55,4 Prozent (für große und mittlere Unternehmen). Vor einem Jahr waren die Kreditstandards dagegen sogar noch leicht gelockert worden.

Verschärfte Kreditstandards sollten unter anderem eine geringere Kreditaufnahme und schwache Investitionen nach sich ziehen und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität bremsen. Abbildung K1-1 deutet darauf hin, dass in den vergangenen Jahren ein solcher Zusammenhang zwischen den Standards und den Investitionen in Ausrüstungen und Software gegeben war. Dabei zeigt sich ein gewisser Vorlauf der Kreditstandards. Auch der Zuwachs des Kreditvolumens weist eine hohe Korrelation mit den Kreditstandards auf, jedoch mit einem weit größeren Vorlauf von etwa sechs Quartalen.

Im Folgenden soll untersucht werden, welche konjunkturellen Auswirkungen von den verschlechterten Rahmenbedingungen im Kreditwesen zu erwarten sind. Dazu schätzen wir, in Anlehnung an die Methodik von Lown und Morgan (2006), ein vektorautoregressives Modell (VAR) mit sechs Variablen: reales Bruttoinlandsprodukt, Deflator des Bruttoinlandsprodukts, HWWI-Rohstoffpreisindex, Federal Funds Rate, Kreditvolumen und Kreditstandards. Bis auf die Federal Funds Rate und die Kreditstandards gehen alle Variablen als Zuwachsraten gegenüber dem Vorquartal in das VAR ein. Jede Modellgleichung enthält einen konstanten Term. Das Modell wird auf der Basis von Quartalsdaten für den Zeitraum von 1991:1 bis 2007:4 geschätzt, da vorher keine Daten für die Kreditstandards verfügbar sind.^a Modellselektionsverfahren deuten darauf hin, dass zur adäquaten Modellierung eine Verzögerung ausreichend ist.

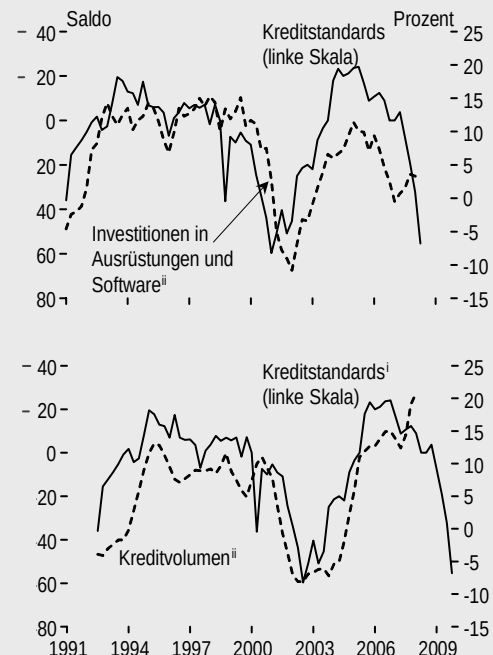
Zur Berechnung der Auswirkung eines strukturellen Schocks auf die Kreditstandards verwenden wir die Choleski-Dekomposition, die bei der oben gewählten Anordnung der Variablen unterstellt, dass ein solcher Schock keine unmittelbaren Auswirkungen auf die anderen Variablen hat, während umgekehrt andere Schocks sich sofort auf die Kreditstandards auswirken können. Die Impuls-Antwort Funktionen zeigen, dass ein „Kreditstandards-Schock“ signifikante Auswirkungen sowohl auf das Kreditvolumen als auch auf das Bruttoinlandsprodukt hat (Abbildung K1-2). Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts verringert sich noch im fünften Quartal nach Eintreten des Schocks signifikant. Der Zuwachs des Kreditvolumens liegt sogar mehr als zwei Jahre signifikant unterhalb seines ursprünglichen Niveaus.^b

Um die Auswirkungen einer Verschärfung der Kreditstandards in den Vereinigten Staaten auf die Investitionen in Ausrüstungen und Software zu analysieren, substituieren wir in dem bisher verwendeten VAR das Bruttoinlandsprodukt durch die Investitionen in Ausrüstungen und Software. Es zeigt sich, dass auch die Investitionen signifikant abnehmen, wenn sich die Kreditstandards verschlechtern. Dieser Effekt hält sechs Quartale an und ist deutlich ausgeprägter als beim Bruttoinlandsprodukt. Es zeigt sich zudem, dass das Modell die oben beschriebenen Zeitreiheneigenschaften der Investitionen und des Kreditvolumens recht gut abbildet. Die verzögerte Reaktion des Kreditvolumens lässt vor allem damit erklären, dass zwischen Kreditantrag und Kreditvergabe häufig ein gewisser Zeitraum vergeht.

^aFür den Zeitraum von 1985 bis 1990 liegen keine Daten vor. Lown und Morgan (2006) verwenden zusätzlich Daten für Kreditstandards von 1968 bis 1984. — ^bFür den Deflator des Bruttoinlandsprodukts und die Rohstoffpreise ergeben sich keine signifikanten Effekte.

Abbildung K1-1:

Kreditstandards, Ausweitung des Kreditvolumens und Investitionstätigkeit in den Vereinigten Staaten 1991–2008

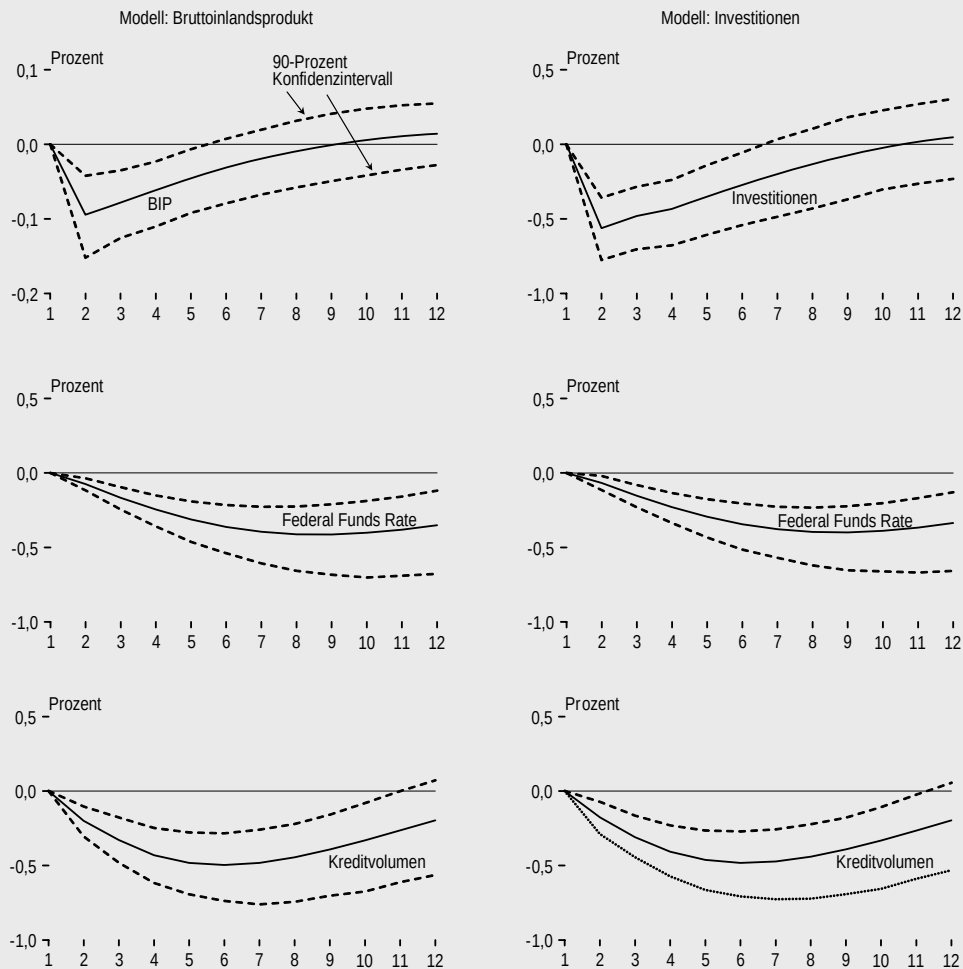


ⁱSechs Quartale verzögert. — ⁱⁱVorjahresvergleich.

Quelle: Federal Reserve Board (2008); US Department of Commerce (2008); eigene Berechnungen.

Deutlich verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft

Abbildung K1-2:
Auswirkungen einer Verschärfung der Kreditstandards in den Vereinigten Staatenⁱ



ⁱBei einer Verschärfung um eine Standardabweichung. Dies entspricht einem Anstieg von etwa 8 Prozentpunkten.

Quelle: Federal Reserve Board (2008); HWWI via Thomson Financial Datastream; US Department of Commerce (2008); eigene Berechnungen.

junktur in den Vereinigten Staaten und im Euroraum von dieser Seite her nachhaltig verschlechtert.

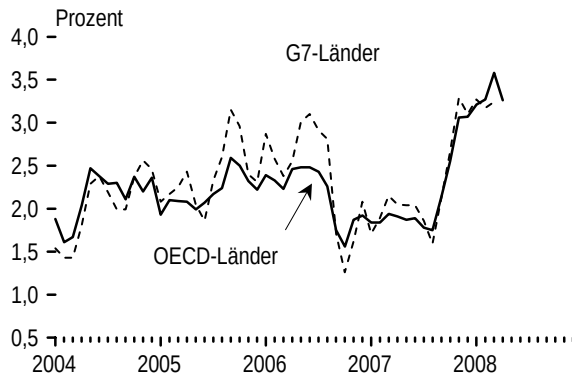
Hohe Inflation begrenzt Spielraum der Geldpolitik

Ein Problem für die Wirtschaftspolitik ist weltweit der starke Anstieg der Inflation, der innerhalb der vergangenen 12 Monate zu verzeichnen war. In den Industrieländern hat sich die Infla-

tionsrate von weniger als 2 Prozent vor Jahresfrist auf inzwischen reichlich 3,0 Prozent erhöht (Abbildung 10). Ursache waren der starke Anstieg der Rohölpreise sowie die massive Verteuerung von Nahrungsmitteln; die Kernrate der Inflation – berechnet ohne Berücksichtigung von Energie- und Nahrungsmittelpreisen – blieb hingegen zumeist moderat (Abbildung 11). In den Schwellenländern verstärkte sich der Preisauftrieb noch in deutlich größerem Maß, vor allem weil Nahrungsmittel in diesen Ländern einen sehr viel größeren Anteil am Warenkorb ausmachen. Zum Teil – etwa in Russland, Indien oder Argentinien – spielen aber auch

Deutlich verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft

Abbildung 10:
Verbraucherpreise in den Industrieländern 2004–2008^a



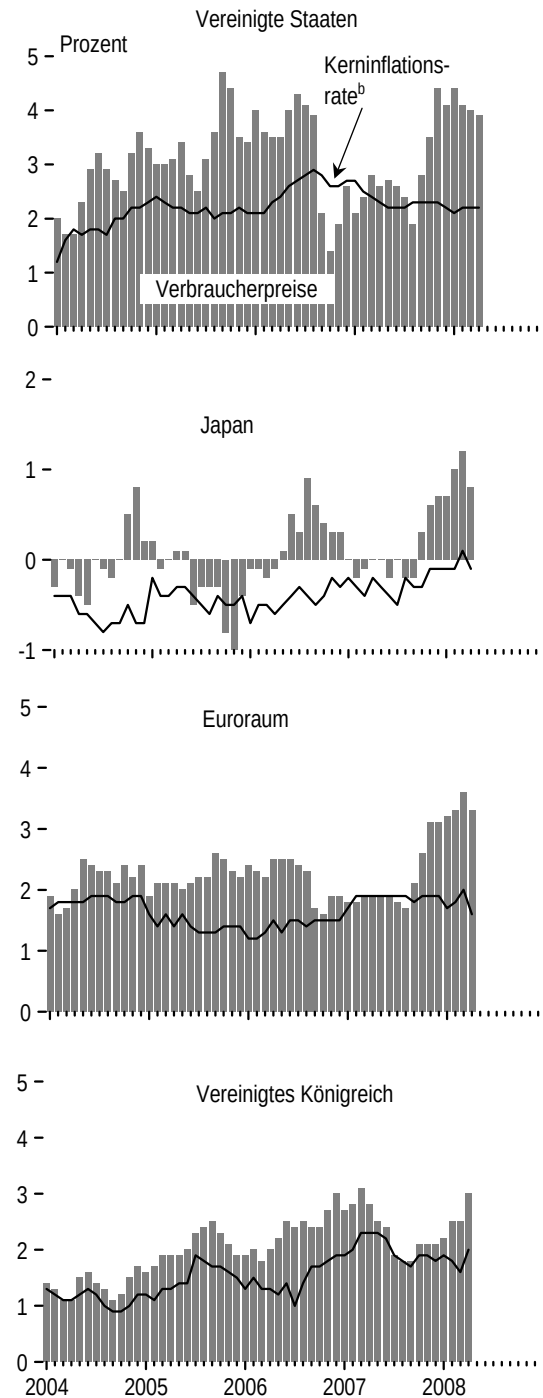
^aVeränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: OECD (2008); IMF (2008a).

konjunkturelle Faktoren eine wichtige Rolle. Vor allem in vielen Schwellenländern ist außerdem in den vergangenen Jahren die Geldmenge sehr stark gestiegen.

Für den Prognosezeitraum unterstellen wir einen stabilen Ölpreis sowie ein geringfügig nachgebendes Preisniveau bei den Industrierohstoffen (Tabelle 1). Einerseits lässt die weltwirtschaftliche Dynamik nach, was zu einer Verlangsamung des Nachfrageanstiegs bei Rohstoffen führen dürfte. Andererseits sind bei dem erreichten Preisniveau die Anreize hoch, das Angebot an Rohstoffen auszuweiten. So besteht durchaus die Chance, dass sich unsere eher technische Annahme als zutreffend erweist. Dann würde sich die Inflation in den Industrieländern und auch in den meisten Schwellenländern im Laufe des kommenden Jahres wieder beruhigen. Es ist freilich möglich, dass sich die Angebotsrestriktionen als hartnäckiger und die Nachfrage als unelastischer erweisen als angenommen und sich der Anstieg der Rohstoffpreise weiter fortsetzt. In diesem Fall wäre nicht nur die Inflation im kommenden Jahr deutlich höher als im Basisszenario, mit der Folge, dass den Konsumenten erneut Kaufkraft entzogen würde, es stiege auch das Risiko, dass sich die Inflationserwartungen verfestigen. Insbesondere in den Schwellenländern, aber nicht nur dort, besteht das Risiko, dass sich der erhöhte Anstieg der Preise für Rohstoffe und für Nah-

Abbildung 11:
Verbraucherpreisanstieg in den großen Industrieländern 2004–2008^a



^aVeränderung gegenüber dem Vorjahr. — ^bVerbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: US Department of Labor (2008); Eurostat (2008); Office for National Statistics (2008); Statistics Bureau of Japan (2008).

Deutlich verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft

Tabelle 1:

Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2007, 2008 und 2009

	2007				2008				2009			
	I	II	III	IV	I	II ^a	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Kurzfristige Zinsen												
Vereinigte Staaten (Fed Funds Rate)	5,3	5,3	5,1	4,5	3,0	2,1	2,0	2,0	2,3	2,3	2,5	2,8
Japan (Tagesgeldzins)	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,8	0,8
Euroland (3-Monatszins)	3,8	4,1	4,5	4,7	4,5	4,8	4,7	4,5	4,4	4,3	4,2	4,1
Wechselkurse												
US-Dollar/Euro	1,32	1,34	1,39	1,46	1,55	1,57	1,58	1,58	1,58	1,58	1,58	1,58
Yen/US-Dollar	119,4	120,7	117,8	113,1	105,2	105,0	105,0	105,0	105,0	105,0	105,0	105,0
Ölpreis (Brent) in US-Dollar	58,1	68,7	75,0	89,0	96,7	121,0	130,0	130,0	130,0	130,0	130,0	130,0
HWWI-Index für Industrierohstoffe	216,7	235,6	225,3	223,7	254,2	264,9	264,2	263,6	262,9	262,9	262,9	262,9

^aTeilweise geschätzt. — ^bPrognose.

Quelle: HWWI (2008); IMF (2008a); Federal Reserve Bank of St. Louis (2008); EZB (2008); eigene Prognosen.

rungsmittel in höheren Lohnsteigerungen niederschlägt und dadurch eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt wird. Eine stärkere Inflation in den Schwellenländern hätte über höhere Preise für Halb- und Fertigwarenimporte auch preistreibende Wirkungen in den Industrieländern.

Die Sorge, dass die Inflation auch mittelfristig hoch bleiben könnte, ist in den vergangenen Wochen zunehmend in den Fokus der Notenbanken gekommen. Die Märkte erwarten inzwischen eine etwas straffere Geldpolitik im weiteren Verlauf dieses Jahres und im kommenden Jahr als noch im März. So wird für die Vereinigten Staaten nun keine weitere Senkung der Notenbankzinsen – nach dem im April erfolgten Schritt um weitere 25 Basispunkte auf nunmehr 2 Prozent – unterstellt, und für den Verlauf des Jahres 2009 werden erste Zinsanhebungen erwartet, eine Einschätzung, die wir teilen. Obwohl die Kerninflationsrate ebenso wie die von der Fed besonders beachtete Kernrate des Deflators des privaten Konsums auf moderatem Niveau verharren, drohen sich die Inflationserwartungen aus ihrer Verankerung zu lösen. Darauf deutet beispielsweise die viel beachtete Befragung der Universität Michigan hin, nach der die Konsumenten im Mai auf Sicht von einem Jahr mit einer Inflationsrate von mehr als fünf Prozent rechneten.³ Auch die

Inflationserwartungen auf Sicht von fünf Jahren haben sich erhöht. Ihr Anstieg ist zwar vergleichsweise gering; mit 3,3 Prozent liegen sie freilich auf dem höchsten Niveau seit 12 Jahren. Vor diesem Hintergrund dürfte die Fed ihren Leitzins in den kommenden Monaten konstant halten, es sei denn, es zeichnete sich eine weitere deutliche Konjunkturabschwächung ab. In der ersten Hälfte des nächsten Jahres dürfte sie ihn dann angesichts einer dann voraussichtlich zu beobachtenden allmählichen konjunkturellen Belebung moderat anheben. Freilich wird die Geldpolitik immer noch deutlich expansiv ausgerichtet sein.

Die Europäische Zentralbank (EZB) sieht sich Inflationsprognosen gegenüber, die mit reichlich 3 Prozent für dieses Jahr und nur etwas weniger für das kommende Jahr deutlich über dem Inflationsziel liegen. Zinssenkungserwartungen, die zu Beginn der Finanzmarktkrise an den Märkten aufgekommen waren, sind in der jüngsten Zeit geschwunden. Vielfach werden inzwischen sogar Zinsanhebungen prognostiziert. Dies erwarten wir indes nicht. Gegen einen Zinsschritt spricht, dass die Geldmarktzinsen nach wie vor nahezu 1 Prozentpunkt höher sind als der Hauptrefinanzierungssatz. Zudem haben sich die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum durch die kräftige Aufwertung des Euro im vergangenen halben Jahr erheblich verschlechtert. Im kommenden Jahr, wenn die dämpfenden Wirkungen der

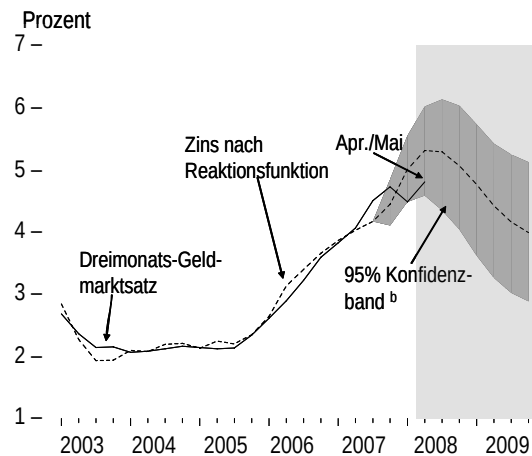
³ Andere Umfragen weisen sogar noch höherer Werte aus.

Aufwertung auslaufen und die Wirkungen der Finanzmarktkrise allmählich abklingen, dürfte sich die Kapazitätsauslastung der Wirtschaft im Euroraum verringert haben und das Risiko für eine interne Inflationsdynamik von dieser Seite kleiner geworden sein. So halten wir es für wahrscheinlich, dass die EZB ihre Zinsen über den gesamten Prognosezeitraum hinweg konstant belässt. Dieses Urteil wird durch eine Zinsprognose gestützt, die wir auf Basis einer empirischen Reaktionsfunktion für die EZB berechnen (Abbildung 12).⁴ Gegenwärtig gehen von der Geldpolitik wohl leicht dämpfende Wirkungen aus; im kommenden Jahr dürfte sie neutral wirken.

In Japan strebt die Notenbank angesichts der mit 0,5 Prozent immer noch extrem niedrigen Leitzinsen mittelfristig eine Normalisierung des Zinsniveaus auf einem Niveau an, von dem aus eine effektive symmetrische Geldpolitik betrieben werden kann. Als Voraussetzung hierfür sieht sie, dass das jahrelang leicht rückläufige Verbraucherpreisniveau nachhaltig steigt; die Kerninflationsrate soll über mehrere Monate

⁴ Um Verzerrungen der Ergebnisse durch die Finanzmarktkrise zu vermeiden, wählen wir wie auch z.B. in der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2008: 74) eine Vorgehensweise, bei der die dynamische Prognose ab dem dritten Quartal des vergangenen Jahres gestartet wird, so dass die ab der zweiten Jahreshälfte 2007 erhöhten Risikoprämien am Geldmarkt die Schätzung des aufgrund von Produktionslückenschätzung sowie Inflationserwartungen angebrachten Zinsniveaus nicht beeinflussen. Dabei zeigt sich, dass das angezeigte Zinsniveau im laufenden Jahr, vor allem bedingt durch die merklich gestiegenen Inflationserwartungen, über 5 Prozent liegt. Eine Anhebung des maßgeblichen Leitzsatzes auf über 4 Prozent war Mitte 2007 bei damals sogar weitaus niedrigeren Inflationserwartungen von den Märkten erwartet worden. Aufgrund der Finanzmarktkrise hat die EZB aber ab dem Spätsommer von weiteren Zinserhöhungen abgesehen, auch weil das effektive Zinsniveau durch die erhöhten Risikoprämien am Geldmarkt und die gestiegenen durchschnittlichen Zuteilungssätze bei Refinanzierungsgeschäften sowieso gestiegen war. Für den weiteren Prognosezeitraum indiziert die Reaktionsfunktion einen stetig sinkenden Geldmarktsatz für Dreimonatsgeld, der Ende 2009 bei rund 4 Prozent liegen dürfte; zugrunde liegt hier unsere Prognose, dass die Inflationsrate im Euroraum bis Ende 2009 wohl auf reichlich 2 Prozent zurückgegangen sein wird und die Produktionslücke ab dem ersten Quartal 2009 leicht negativ sein dürfte.

Abbildung 12:
Geldmarktzinsen im Euroraum 2003–2009^a



^aPrognose auf Basis der Reaktionsfunktion ab 3. Quartal 2007.
— ^bErmittelt über Bootstrap-Simulation mit 1 000 Replikationen.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

positiv sein. Gegenwärtig ist diese Bedingung wohl noch nicht erfüllt, denn während die Verbraucherpreise insgesamt inzwischen gegenüber dem Vorjahr um mehr als 1 Prozent zugelegt haben, liegt die Kernrate nach wie vor bei null. Gleichzeitig haben sich die Risiken für die Konjunktur aktuell deutlich vergrößert, auch weil der Yen erheblich aufgewertet hat. In diesem Umfeld wird die Bank von Japan die Zinsen wohl vorerst nicht anheben.

Finanzpolitik schwenkt in expansive Richtung

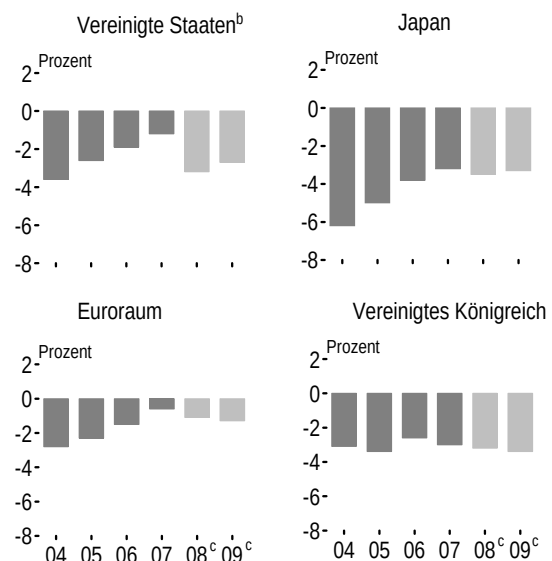
Die Budgetsituation in den Industrieländern hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Dies ist zwar zu großen Teilen der guten Konjunktur geschuldet, aber auch diskretionäre Maßnahmen waren für die Konsolidierungserfolge in vielen Ländern verantwortlich. Vor allem im Euroraum und in Japan war eine ausgeprägte Ausgabenzurückhaltung maßgeblich für den Rückgang des strukturellen Budgetdefizits. Für den Prognosezeitraum zeichnet sich allerdings eine erneute Zunahme

der Haushaltsdefizite in den Industrieländern ab. Hierauf wirken zum einen konjunkturelle Einflüsse hin. Insbesondere in den Vereinigten Staaten, aber auch im Vereinigten Königreich und in einigen Ländern des Euroraums steigt die Produktion deutlich langsamer als das Produktionspotential; hinzu kommen Steuerausfälle im Zusammenhang mit der Entwicklung am Immobilienmarkt und an den Finanzmärkten. Zum anderen haben viele Regierungen angesichts einer verbesserten Budgetposition Sparanstrengungen verringert oder Steuererleichterungen beschlossen. In den Vereinigten Staaten und in einigen Ländern des Euroraums, etwa in Frankreich und Spanien, wurden darüber hinaus Steuern und soziale Abgaben reduziert, um die Konjunktur anzuregen. So dürfte das strukturelle Defizit im Staatshaushalt in den großen Industrieländern insgesamt in diesem Jahr und im nächsten Jahr nicht weiter zurückgehen, in einigen wird es sogar merklich zunehmen.

Das US-Konjunkturprogramm in Höhe von etwa 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts trägt dazu bei, das Defizit des Bundes von 1,2 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr auf 3,2 Prozent in diesem Jahr zu erhöhen (Abbildung 13). Darüber hinaus dürfte demnächst ein Programm beschlossen werden, das in Not geratene Hauseigentümer unterstützen und der Zunahme der Zwangsversteigerungen entgegenwirken soll, indem die Umschuldung in staatlich garantierte Kredite ermöglicht wird. Dabei wird ein Volumen von 300 Mrd. Dollar angestrebt; es ist allerdings fraglich, wie groß die Resonanz auf dieses Hilfsprogramm sein wird, da eine staatliche Garantie nur gegeben werden soll, wenn die Kreditinstitute auf einen Teil ihrer Forderung verzichten. Die Belastung für den Staatshaushalt ist schwer zu quantifizieren, denn sie hängt davon ab, in welchem Umfang die staatlich abgesicherten Kredite letztlich ausfallen.

Im Euroraum sind die meisten Regierungen inzwischen in einer Situation, in der sie die automatischen Stabilisatoren ungehindert wirken lassen können. Angesichts nahezu ausgeglichener Haushalte oder sogar beträchtlicher Überschüsse sind für das kommende Jahr auch Im-

Abbildung 13:
Budgetsaldo in großen Industrieländern 2004–2009^a



^aIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt. — ^bBundeshaushalt. — ^cPrognose.

Quelle: OECD (2007); IMF (2008b); Eurostat (2008); eigene Prognose.

pulse von der Finanzpolitik für die Konjunktur zu erwarten; so soll etwa in Spanien die Einkommensteuer erheblich gesenkt werden. Eine Ausnahme ist Frankreich, wo das Budgetdefizit im vergangenen Jahr auf 2,7 Prozent stieg und wo für dieses Jahr eine Verletzung der 3-Prozent-Grenze für das Budgetdefizit droht. Die französische Regierung wurde kürzlich von der EU-Kommission ermahnt, auf einen Kurs der Haushaltskonsolidierung zurückzukehren (Europäische Kommission 2008a). Zwar sind einschneidende restriktive Maßnahmen der französischen Finanzpolitik in der gegenwärtigen labilen konjunkturellen Situation nicht zu erwarten; die Ausgabenpolitik dürfte jedoch gestrafft werden, und eine vollständige Umsetzung der angekündigten Abgabensenkungen erscheint zunehmend unwahrscheinlich.

Ausblick: Weltkonjunktur mit geringerer Dynamik

Die Weltwirtschaft hat bislang nur mäßig an Schwung verloren, doch mehren sich die Anzeichen, dass die Dynamik in den kommenden Monaten spürbar nachlässt. Ein geringeres weltwirtschaftliches Expansionstempo erscheint angesichts der zunehmenden Knappheiten auf den Rohstoffmärkten auch notwendig, sollen der Trend stark steigender Rohstoffpreise gebrochen und die Inflation mittelfristig auf ein akzeptables Niveau gebracht werden.

Wie stark der weltwirtschaftliche Abschwung ausfällt, hängt einmal von der weiteren Entwicklung an den Rohstoffmärkten ab. Zentral ist zudem der Fortgang der Krise am US-Immobilienmarkt und der davon ausgelösten Finanzmarktkrise, deren Wirkungen nach wie vor schwer abzuschätzen sind. Der Immobilienmarkt in den Vereinigten Staaten befindet sich nunmehr schon seit Beginn 2006 in einer schweren Krise und scheint seinen Boden noch nicht gefunden zu haben. Im Gegenteil: Nach dem Wohnungsbau scheint nun auch der gewerbliche Bau einzubrechen; er ist stärker als von uns erwartet von der wirtschaftlichen Abkühlung und den sich verschärfenden Kreditbedingungen erfasst worden und dürfte im weiteren Jahresverlauf deutlich schrumpfen. Auch der Rückgang der Immobilienpreise dürfte sich ungebrochen fortsetzen, wodurch die Zahl der Zwangsversteigerungen und freiwilligen Wohnungsaufgaben weiter steigen würde. Die hohe Zahl von zum Verkauf stehenden Einfamilienhäusern lässt hier keine Trendwende erwarten. Auch ein Vergleich mit historischen Immobilienkrisen legt nahe, dass die schwierige Lage am Immobilienmarkt im laufenden Jahr anhalten und sich sogar noch im Jahr 2009 dämpfend auf die wirtschaftliche Aktivität auswirken wird (Dovern und Jannsen 2008).

Vor diesem Hintergrund dürfte die Konjunktur in den *Vereinigten Staaten* im Prognosezeitraum nur wenig Schwung entfalten. Dank der ausgeprägten Impulse von Geld- und Finanzpolitik erwarten wir jedoch eine anhaltende wirtschaftliche Expansion. Es ist sogar

möglich, dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr in keinem Quartal schrumpfen wird, vor allem, wenn die Steuerrückzahlungen stärker für den Konsum verwendet werden als von uns erwartet.⁵ Aktuelle Umfragen zufolge planen die begünstigten Haushalte etwa 40 Prozent der Rückzahlungen für Konsumausgaben aufzuwenden (National Retail Federation 2008). Das Konjunkturprogramm dürfte den Konsum im zweiten und vor allem im dritten Quartal anregen. Angesichts der sich verschlechternden Kreditbedingungen und des sich auf historischen Tiefstständen befindenden Konsumentenvertrauens bleibt die Konsumneigung in der Grundtendenz jedoch schwach. Deshalb dürfte der private Konsum im vierten Quartal, in dem ein fiskalischer Impuls fehlt, wohl allenfalls geringfügig expandieren. Ausstattungsinvestitionen und Wirtschaftsbau werden im laufenden Jahr voraussichtlich deutlich zurückgehen. Auch die privaten Wohnungsbauinvestitionen dürften weiter abnehmen, wenn auch nicht mehr so stark wie in den Quartalen zuvor. Stabilisierend werden hingegen der Außenhandel und die Staatsnachfrage wirken. Für das laufende Jahr korrigieren wir unsere Prognose für den Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts aufgrund des schwachen Wirtschaftsbaus leicht nach unten, auf eine Rate von nun 1,4 Prozent (Tabelle 2). Für das kommende Jahr erwarten wir einen Zuwachs von 1,8 Prozent.

Die Konjunktur in *Japan* wird sich im Verlauf dieses Jahres deutlich abkühlen. Die Frühindikatoren lassen bereits für das laufende Quartal auf eine deutlich geringere konjunkturelle Dynamik schließen. Im weiteren Prognosezeitraum wird die nachlassende Expansion der Nachfrage in Asien, aber auch in Europa die Exporte dämpfen, die den Aufschwung maßgeblich getragen haben. Bei weiterhin schwacher Einkommensentwicklung und nur geringem Be-

⁵ In diesem Fall würde es weniger wahrscheinlich, dass das National Bureau of Economic Research (NBER), das für die offizielle Abgrenzung von Konjunkturzyklen in den Vereinigten Staaten zuständig ist, die aktuelle konjunkturelle Schwächeperiode als Rezession deklariert. Zur Vorgehensweise siehe NBER (2008).

Deutlich verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft

Tabelle 2:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern 2007, 2008 und 2009

	Gewicht ^a	Bruttoinlandsprodukt ^b			Verbraucherpreise ^{b,c}			Arbeitslosenquote ^d		
		2007	2008 ^e	2009 ^e	2007	2008 ^e	2009 ^e	2007	2008 ^e	2009 ^e
Europäische Union 27	42,5	3,0	2,1	1,8	2,2	3,2	2,7	6,9	6,6	6,6
Schweiz	1,1	3,1	2,2	1,7	0,8	1,9	1,5	3,6	3,4	3,1
Norwegen	1,0	3,5	2,2	2,0	0,8	3,5	2,4	2,5	2,5	2,6
Vereinigte Staaten	38,8	2,2	1,4	1,8	2,9	3,8	2,5	4,6	5,5	5,6
Japan	12,9	2,1	1,4	1,4	0,0	1,0	0,4	3,9	3,9	4,0
Kanada	3,7	2,7	1,3	2,1	2,2	1,8	2,1	6,0	6,3	6,4
Länder insgesamt	100,0	2,6	1,7	1,7	2,2	3,1	2,3	3,7	3,9	4,0

^aAuf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2006 (Prozent). — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^cWest- und Mitteleuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — ^dStandardisierte Arbeitslosenquote (Prozent) nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2006. — ^ePrognose.

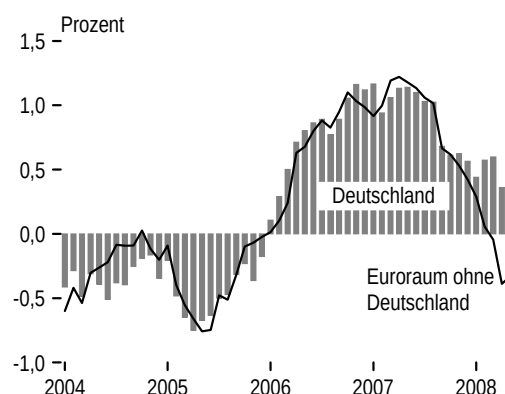
Quelle: Eurostat (2008); OECD (2008); Statistics Canada (2008a, 2008b); eigene Berechnungen und Prognosen.

schäftigungsanstieg wird der private Konsum keine starke Konjunkturstütze sein. Bei solchermassen gedämpften Absatzperspektiven ist zudem mit einer vorerst zurückhaltenden Investitionstätigkeit der Unternehmen zu rechnen. Für den Verlauf des kommenden Jahres ist dann aber eine wieder kräftigere Investitionsausweitung zu erwarten; auch die Exporte dürften sich dank einer wieder anziehenden Auslandsnachfrage erneut beleben. Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem und im nächsten Jahr um etwa 1,4 Prozent zulegen.

Im Euroraum wird die Konjunktur in den kommenden Monaten merklich an Fahrt verlieren. Beeinflusst von der Inflationsdynamik hat sich das Konsumklima in jüngster Zeit eingetrübt, so dass nur geringe Impulse von der Konsumnachfrage zu erwarten sind. Auch die Stimmung bei den Unternehmen hat sich deutlich verschlechtert. Dabei ist bemerkenswert, dass sich die Indikatoren in Deutschland und im übrigen Euroraum in den vergangenen Monaten unterschiedlich entwickelt haben. Während das Unternehmensvertrauen in Deutschland in den vergangenen Monaten nahezu stabil geblieben ist, hat sich der Rückgang im übrigen Euroraum unvermindert fortgesetzt (Abbildung 14). Dies stützt unsere Erwartung, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im übrigen Eu-

Abbildung 14:

Unternehmensvertrauen im Euroraum 2004–2008^a



^aDas Unternehmensvertrauen ist aus den standardisierten Indizes des Industrie-, Bau-, Handels- und Dienstleistungssektors als gewichtetes Mittel zusammengesetzt. Die einzelnen Vertrauensindizes der Branchen werden von der Europäischen Kommission bereitgestellt. Das Unternehmensvertrauen wird für Deutschland und den Euroraum berechnet. Aus dem Index für den Euroraum wird Deutschland entsprechend der BIP-Gewichte herausgerechnet.

Quelle: Europäische Kommission (2008b); eigene Berechnungen.

rorraum in diesem Jahr schwächer steigen wird als in Deutschland (Tabelle 3). Konjunkturdämpfend wirken im gesamten Euroraum die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen, die Aufwertung des Euro sowie der Kaufkraftentzug durch die hohen Rohstoffpreise.

Deutlich verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft

Tabelle 3:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den EU-Ländern 2007, 2008 und 2009

	Gewicht ^a	Bruttoinlandsprodukt ^b			Verbraucherpreise ^{b,c}			Arbeitslosenquote ^d		
		2007	2008 ^e	2009 ^e	2007	2008 ^e	2009 ^e	2007	2008 ^e	2009 ^e
Deutschland	20,0	2,5	2,1	1,0	2,3	2,9	2,6	8,3	7,1	7,0
Frankreich	15,4	2,2	1,6	1,4	1,6	3,0	2,7	8,3	8,0	8,1
Italien	12,7	1,5	0,8	1,0	2,0	3,0	2,7	6,1	6,2	6,1
Spanien	8,4	3,8	1,7	1,3	2,8	3,9	3,0	8,3	8,7	9,5
Niederlande	4,6	3,5	2,6	1,8	1,6	2,7	2,5	3,2	2,9	2,8
Belgien	2,7	2,8	1,7	1,5	1,8	3,4	2,9	7,5	7,3	7,5
Griechenland	2,2	4,1	3,4	3,3	3,0	3,8	3,4	8,3	8,3	8,0
Österreich	1,8	3,4	2,2	1,8	2,2	2,9	2,5	4,4	4,2	4,3
Irland	1,5	5,3	2,3	3,2	2,9	3,3	2,6	4,5	5,6	5,8
Finnland	1,4	4,4	2,8	2,6	1,6	3,5	2,7	6,9	6,3	6,1
Portugal	1,3	1,9	1,7	1,6	2,4	2,7	2,5	8,0	7,9	7,9
Luxemburg	0,3	4,5	3,5	3,6	2,7	3,8	3,5	4,7	4,5	4,4
Slowenien	0,3	6,1	4,4	4,1	3,8	6,0	4,9	4,8	4,7	4,7
Zypern	0,1	4,4	3,5	3,5	2,2	4,0	2,9	3,9	3,7	3,5
Malta	0,0	3,8	2,6	2,5	0,7	3,6	2,9	6,4	6,3	6,2
Vereinigtes Königreich	16,4	3,1	1,6	1,8	2,3	2,8	2,1	5,5	5,4	5,6
Schweden	2,7	2,8	2,6	2,3	1,7	2,9	2,4	6,1	5,8	5,6
Polen	2,3	6,5	5,8	5,5	2,6	4,1	3,4	9,6	7,4	6,6
Dänemark	1,9	1,8	1,4	1,2	1,7	2,4	2,3	3,7	3,5	3,5
Tschechien	1,0	6,5	4,8	4,5	3,0	6,5	3,3	5,3	4,5	4,2
Ungarn	0,8	1,4	2,6	3,5	7,6	5,8	4,0	7,6	8,2	7,6
Rumänien	0,8	6,0	6,0	5,0	4,9	5,5	5,5	6,4	6,0	5,8
Slowakei	0,4	10,4	7,5	6,5	1,9	4,0	3,2	11,1	9,8	9,3
Litauen	0,2	8,8	6,2	4,5	5,8	6,8	6,5	4,3	4,5	4,8
Bulgarien	0,2	6,2	4,8	4,0	7,6	9,8	7,0	6,9	5,5	5,5
Lettland	0,2	10,3	4,5	4,0	10,1	11,0	8,0	6,0	6,5	6,8
Estland	0,1	7,1	4,0	4,0	6,7	7,0	5,5	4,7	5,7	5,8
Europäische Union	100,0	3,0	2,1	1,8	2,2	3,2	2,7	6,9	6,6	6,6
Nachrichtlich:										
Europäische Union 15	91,5	2,9	1,9	1,6	2,2	3,1	2,6	7,5	7,2	7,3
Beitrittsländer ^f	5,5	7,3	6,1	5,7	4,9	6,4	4,9	3,6	3,1	2,9
Euroraum	72,8	2,7	1,8	1,4	2,1	3,1	2,7	7,3	7,0	7,0
Euroraum ohne Deutschland	52,9	2,7	1,7	1,5	2,0	3,2	2,8	6,9	6,9	7,0

^aAuf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2006 (Prozent). — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^cHarmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — ^dStandardisierte Arbeitslosenquote (Prozent) nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2006. — ^ePrognose. — ^fSeit 2004.

Quelle: Eurostat (2008); OECD (2008); eigene Berechnungen und Prognosen.

Hinzu kommt in einigen Ländern die Korrektur des überhöhten Niveaus der Bauproduktion, die nach dem Ende des Booms auf den dortigen Immobilienmärkten eingesetzt hat. Dies ist insbesondere in Irland und Spanien der Fall, in geringerem Maße aber auch in anderen Ländern, etwa in Frankreich. Im Euroraum ohne Deutschland wird das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr wohl nur noch um 1,7 Prozent steigen (Euroraum insgesamt: 1,8 Prozent); im kommenden Jahr dürfte die Zuwachsrates trotz

einer leichten Belebung im Verlauf mit 1,5 (1,4) Prozent noch etwas niedriger ausfallen. Bei dieser Produktionsentwicklung wird die Zahl der Beschäftigten nur noch wenig steigen, die Arbeitslosenquote dürfte stagnieren.

Ein deutlich verlangsamter Produktionsanstieg ist auch für das *Vereinigte Königreich* zu erwarten. Hier macht sich unmittelbar die Finanzmarktkrise aufgrund des hohen Anteils des Finanzsektors an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung besonders stark bemerkbar.

Deutlich verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft

Tabelle 4:

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt 2006–2009

	Gewicht ^a	Bruttoinlandsprodukt ^b				Verbraucherpreise ^b			
		2006	2007	2008 ^c	2009 ^c	2006	2007	2008 ^c	2009 ^c
Weltwirtschaft	100	5,2	5,0	3,9	3,7	4,1	4,2	5,1	4,2
darunter:									
Industrieländer	55,1	2,9	2,6	1,7	1,7	2,2	2,2	3,1	2,3
China	10,9	10,7	11,9	10,0	9,1	1,9	4,8	6,1	4,5
Ostasien ^d	6,8	5,5	5,4	4,6	4,1	4,7	3,0	4,3	3,6
Lateinamerika	7,4	5,4	5,5	4,8	4,4	5,3	5,3	6,7	5,5
Indien	4,6	9,2	8,9	6,9	5,8	6,1	6,0	6,2	5,5
Russland	3,2	7,4	8,1	7,0	6,1	10,5	9,0	13,0	11,0
Nachrichtlich:									
Welthandelsvolumen		9,2	5,3	4,0	4,8	.	.	.	.

^aGewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2005 nach Kaufkraftparität. — ^bVeränderungen gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^cPrognose. — ^dOhne China und Japan.

Quelle: IMF (2008b); OECD (2008); eigene Berechnungen und Prognosen.

Hinzu kommt ebenfalls eine Abkühlung am Immobilienmarkt. Diese führt zwar nicht zu einer starken Anpassung bei der Bauproduktion,⁶ der negative Vermögenseffekt sinkender Immobilienpreise dämpft jedoch den privaten Konsum spürbar. Schließlich wird auch die hohe wirtschaftliche Dynamik in den *mittel- und osteuropäischen Ländern* nachlassen. Mit einer Rate von rund 6 Prozent bleibt der Produktionsanstieg allerdings kräftig. Die Inlandsnachfrage steigt weiter zügig dank kräftiger Zuwächse bei den Investitionen und einer Zunahme der Realeinkommen, die trotz gestiegener Inflation respektabel ist.

In den *Schwellenländern* wird sich der Produktionsanstieg tendenziell weiter abschwächen, der Anstieg der Aktivität bleibt aber beträchtlich. Die nachlassende konjunkturelle Dynamik in den Industrieländern dämpft die Expansion von der außenwirtschaftlichen Seite. Gleichzeitig belastet der starke Preisanstieg bei Rohöl und Nahrungsmittelrohstoffen die Verbraucher, oder er verringert die Gewinnspannen der Unternehmen außerhalb des Rohstoff-

sektors. Teilweise besteht angesichts einer hohen Kapazitätsauslastung die Gefahr, dass ein sich selbst verstärkender Inflationsprozess in Gang gesetzt wird, weshalb die Geldpolitik in einer Reihe von Ländern im Verlauf der vergangenen Monate gestrafft wurde. Die stärkste Abschwächung erwarten wir für die asiatischen Schwellenländer, wenngleich der asiatische Raum auch im Prognosezeitraum noch sehr kräftig expandieren wird (Tabelle 4). In China wirken sich neben einer langsameren Ausweitung der Exporte Maßnahmen der Regierung zur Dämpfung der Investitionstätigkeit aus. Von dem schweren Erdbeben, das die Provinz Sichuan Mitte Mai erschütterte, dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in China angesichts des relativ geringen Anteils der Region am Bruttoinlandsprodukt (etwa 4 Prozent) nur wenig beeinträchtigt werden. Allerdings hat diese Provinz relativ große Bedeutung für die chinesische Agrarproduktion. Von daher besteht das Risiko, dass es zu einem erneuten Preisschub bei Nahrungsmitteln kommt. Für Lateinamerika ist die Hausse an den Rohstoffmärkten ein anregender Faktor, der den dämpfenden Wirkungen auf den Exportsektor, die von der schwächeren Ausweitung der Auslandsnachfrage ausgehen, entgegen steht. Daher erwarten wir für diese Region insgesamt eine

⁶ Die Bauproduktion ist gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Vereinigten Königreich wesentlich niedriger als etwa in Spanien oder Irland und liegt nicht deutlich über seinem mittelfristigen Pfad.

weiter robuste Konjunktur. Die Inflation in den Schwellenländern dürfte sich bei unserer Annahme einer Stabilisierung der Rohstoffpreise im kommenden Jahr merklich verringern.

Alles in allem expandiert die *Weltwirtschaft* 2008 und 2009 mit Raten von 3,9 bzw. 3,7 Prozent in deutlich moderaterem Tempo als in den

Jahren zuvor. Der Welthandel dürfte in diesem Jahr lediglich um 4 Prozent zulegen, und auch im nächsten Jahr nur wenig rascher expandieren; diese Raten liegen deutlich unterhalb des Trendwachstums des Welthandels von rund 7 Prozent.

Literatur

- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier und Joachim Scheide (2008a). Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2008*. Kieler Diskussionsbeiträge 454/455. IfW, Kiel. In diesem Heft.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und Joachim Scheide (2008b). Deutschland: Robuste Binnenkonjunktur – Dämpfer aus dem Ausland Konjunktur. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2008*. Kieler Diskussionsbeiträge 449/450. IfW, Kiel.
- Cabinet Office (2008). Quarterly Estimates of GDP. Via Internet (28. Mai 2008) <<http://www.esri.cao.go.jp/en/sna/menu.html>>.
- Dovern, J., und N. Jannsen (2008). Immobilienmarktkrise in den Vereinigten Staaten. Historischer Vergleich und Implikationen für den Konjunkturverlauf. Kieler Diskussionsbeiträge 451. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Europäische Kommission (2008a). Commission Recommendation – Providing a Policy Advice on the Economic and Budgetary Policy in France. Via Internet (2. Juni 2008) <http://ec.europa.eu/economy_finance/about/activities/sgp/policy_advices/sec_2008_1942_1_france_en.pdf>.
- Europäische Kommission (2008b). Business and Consumer Surveys. Via Internet (2. Juni 2008) <http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/db_indicators8650_en.htm>.
- Eurostat (2008). *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*. Luxemburg.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2008). *Monatsbericht*. Mai. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Federal Reserve Board (2008). Statistics: Releases and Historical Data. Via Internet (2. Juni 2008) <<http://www.federalreserve.gov/releases/>>.
- Federal Reserve Bank of St. Louis (2008). Federal Reserve Economic Database. Via Internet (2. Juni 2008) <<http://www.research.stlouisfed.org/fred/>>.
- HWWI (Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut eGmbH) (2008). HWWI-Rohstoffpreisindex. Via Internet (3. Juni 2008) <<http://www.hwwi.de/Forschung/Konjunktur/Rohstoffpreise/Ueberblick.htm>>.
- IMF (International Monetary Fund) (2008a). *International Financial Statistics*. Mai. Washington, D.C.
- IMF (International Monetary Fund) (2008b). *World Economic Outlook*. April. Washington, D.C.
- Lown, C., und D.P. Morgan (2006). The Credit Cycle and the Business Cycle: New Findings Using the Loan Officer Opinion Survey. *Journal of Money, Credit, and Banking* 38 (3): 1575–1597.

- National Retail Federation (2008). NRF Survey Confirms Consumer Plans to Spend Much of Rebate Checks on Necessities. Via Internet (26. Mai 2008) <http://www.nrf.com/modules.php?name=News&op=viewlive&sp_id=515>.
- NBER (National Bureau of Economic Research) (2008). The NBERs Recession Dating Procedure. Via Internet (3. Juni 2008) <<http://www.nber.org/cycles/recessions.html>>.
- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (2007). *Economic Outlook*. November. Paris.
- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (2008). Main Economic Indicators. Mai. Paris.
- Office for National Statistics (2008). Economy. Via Internet (2. Juni 2008) <<http://www.statistics.gov.uk/default.asp>>.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2008). Folgen der US-Immobilienkrise belasten Konjunktur. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008. Essen.
- Statistics Bureau of Japan (2008). Consumer Price Index. Via Internet (3. Juni 2008) <<http://www.stat.go.jp/english/data/cpi/index.htm>>.
- Statistics Canada (2008a). Canadian Economic Observer. Via Internet (2. Juni 2008) <<http://www.statcan.ca/english/freepub/11-010-XIB/11-010-XIB2007002.pdf>>.
- Statistics Canada (2008b). Canadian Economic Accounts. Via Internet (2. Juni 2008) <<http://www.statcan.ca/Daily/English/070302/d070302a.htm>>.
- US Department of Commerce (2008). Bureau of Economic Analysis: National Economic Accounts. Via Internet (2. Juni 2008) <<http://www.bea.gov/national/index.htm#gdp.htm>>.
- US Department of Labor (2008). Bureau of Labor Statistics. Consumer Price Indexes. Via Internet (2. Juni 2008) <<http://www.bls.gov/cpi/home.htm>>.

Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

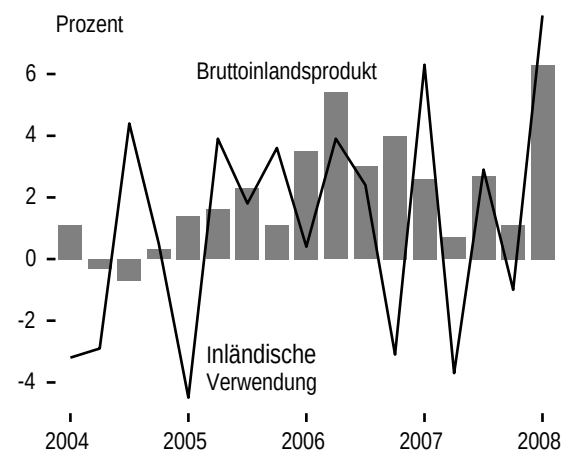
Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

Die deutsche Wirtschaft ist mit viel Schwung in das Jahr 2008 gestartet, bedingt allerdings nicht zuletzt durch eine Reihe von Sonderfaktoren. Im weiteren Jahresverlauf wird sich die Konjunktur merklich abkühlen, da die Impulse aus dem Ausland nachlassen, die Investitionsdynamik geringer wird und die Verbraucher sich nach dem Schub bei den Energiekosten mit Käufen zurückhalten. Auch der Aufschwung am Arbeitsmarkt geht zu Ende. Mit der leichten Belebung der Weltkonjunktur im nächsten Jahr dürfte sich die Konjunktur in Deutschland wieder etwas erholen. Wir revidieren unsere Prognose für den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2008 von 1,9 auf 2,1 Prozent und senken die Prognose für das Jahr 2009 von 1,2 auf 1,0 Prozent.

Der Produktionsanstieg in Deutschland war zu Beginn dieses Jahres überraschend kräftig. Laut erster Veröffentlichung durch das Statistische Bundesamt nahm das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer laufenden Jahresrate von 6,3 Prozent zu (Abbildung 1) und war damit wesentlich stärker, als alle Beobachter erwartet hatten. Der Anstieg geht rund zur Hälfte auf die Zunahme der Lagerinvestitionen zurück. Daneben expandierten die Bauinvestitionen deutlich, begünstigt durch das warme Wetter in den ersten Monaten dieses Jahres. Auch die Ausrüstungsinvestitionen wurden sehr kräftig ausgeweitet; die erwartete Reaktion auf die Vorzieheffekte im Hinblick auf die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen zu Beginn dieses Jahres blieb (vorerst) aus. Ferner zogen die privaten Konsumausgaben, die Ende 2007 noch gesunken waren, im ersten Quartal leicht an. Die Exporte nahmen weiterhin sehr deutlich zu. Da der Anstieg der Importe aber merklich größer ausfiel, war der Wachstumsbeitrag vom Außenhandel – anders als in den Vorquartalen – negativ. Alles in allem war die deutsche Wirtschaft recht robust gegenüber den negativen Einflüssen, die sich aus der US-Immobilienkrise, dem Anstieg der Rohstoffpreise und der kräftigen Aufwertung des Euro ergeben haben.

Abbildung 1:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2004–2008^a



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

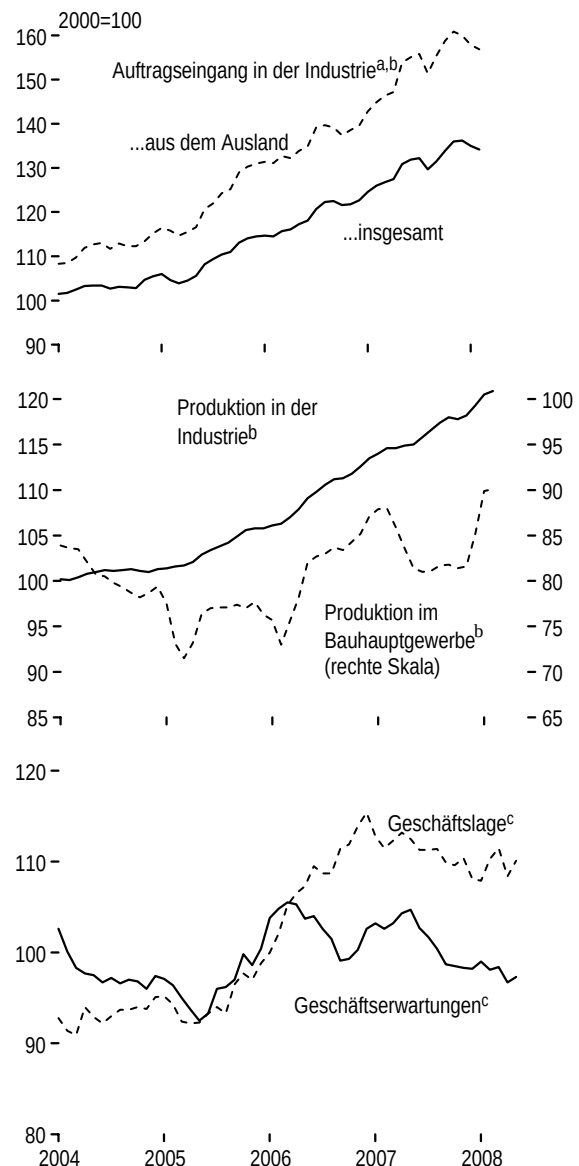
Auf dem Arbeitsmarkt setzte sich die positive Tendenz fort. In den ersten Monaten dieses Jahres ist die Zahl der Arbeitslosen, begünstigt durch das milde Wetter, sogar drastisch gesunken. Im Frühjahr belief sich die Arbeitslosenquote (in der Definition der Bundesagentur für Arbeit) auf 7,9 Prozent, das sind 1,3 Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr. Der Auftrieb bei den Verbraucherpreisen hat sich in den vergangenen Monaten kaum vermindert. Im Mai betrug die Inflationsrate immer noch 3,0 Prozent. Vor allem die Energiepreise sind weiter kräftig gestiegen.

Ob und wie stark die besonders kräftige Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts zu Jahresbeginn die Prognose beeinflusst, hängt von der Interpretation der Ursachen ab. Der Anstieg könnte signalisieren, dass die zugrunde liegende konjunkturelle Dynamik höher ist, als sie bisher eingeschätzt wurde. Dies wäre Anlass, die Prognose deutlich nach oben zu revidieren. Allerdings hat zu dem hohen Zuwachs eine Reihe von Sonderfaktoren beigetragen. So wird für das erste Quartal eine sehr starke Zunahme der Lagerinvestitionen ausgewiesen, die sich im zweiten Quartal korrigieren dürfte. Daneben war die günstige Witterung maßgeblich für den außerordentlich kräftigen Anstieg der Bauinvestitionen; auch hier dürfte es eine Korrektur im folgenden Quartal geben. Ferner dürften die Daten auch die Grundtendenz für die Ausrüstungsinvestitionen überzeichnen, weil Güter, die im Hinblick auf die bevorstehende Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen bestellt worden waren, teilweise erst nach der Jahreswende ausgeliefert wurden. All dies wird voraussichtlich dazu führen, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal spürbar sinkt. Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im laufenden Quartal etwas über dem Niveau liegen, das wir im vergangenen März prognostiziert haben. Dies ist jedoch kein Grund, unser Konjunkturbild grundlegend zu ändern.

Trotz des erwarteten Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Produktion im zweiten Quartal dürften die konjunkturellen Auftriebskräfte weiterhin die Oberhand behalten, und die negativen Schocks werden nicht dazu führen, dass

der Produktionsanstieg ins Stocken gerät oder gar eine Rezession einsetzt. Diese Einschätzung wird durch wichtige Frühindikatoren gestützt. So hat sich das Geschäftsklima trotz der Hiobsbotschaften von den internationalen Finanzmärkten und den Weltrohstoffmärkten nur wenig eingetrübt (Abbildung 2). Selbst die Export-

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2004–2008



^aReal. — ^bSaisonbereinigt, gleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^cGewerbliche Wirtschaft.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (Iff. Jgg.); ifo (Iff. Jgg.); eigene Berechnungen.

erwartungen sind trotz der Euro-Aufwertung und der nachlassenden Expansion der Weltwirtschaft nur wenig pessimistischer geworden. Die aktuelle Geschäftslage beurteilen die Unternehmen nach wie vor sogar recht positiv. Dies stimmt überein mit den Daten für die Auftragsbestände; diese haben sich in den ersten Monaten dieses Jahres nur wenig verringert. Der „Order-Capacity-Index“, der von der Deutschen Bundesbank berechnet wird, befindet sich immer noch auf sehr hohem Niveau. Die Aufwärtstendenz bei der Nachfrage nach Industriegütern hat sich nach der Jahreswende zwar nicht mehr fortgesetzt, dennoch waren die Auftragseingänge zuletzt höher als im dritten Quartal 2007 – also bevor, auch bedingt durch diverse Großaufträge, ein kräftiger Schub eingesetzt hatte. Dagegen deutete sich bei den Umsätzen des Einzelhandels in den ersten Monaten dieses Jahres noch keine Wende zum Besseren an. Allerdings ist dieser Indikator seit einiger Zeit wenig zuverlässig, vor allem deshalb, weil die Reihe häufig stark revidiert wird.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion aufwärts gerichtet bleiben. Allerdings haben sich die Konjunkturaussichten für den Prognosezeitraum insgesamt etwas eingetrübt. So ist der Preis für Erdöl wesentlich höher als bei unserer vorherigen Prognose angenommen. Anstatt 100 US-Dollar je Barrel unterstellen wir nun einen Preis von 130 Dollar bis zum Ende des Prognosezeitraums (Tabelle 1). Dies hat zur Folge, dass die Inflationsrate in diesem und auch im kommenden Jahr spürbar höher ausfällt als bislang prognostiziert. Dadurch werden insbesondere die privaten Konsumausgaben gedämpft. Ferner haben sich die monetären Rahmenbedingungen etwas verschlechtert. So wertete der Euro nochmals – wenn auch nur wenig – auf, und die Zinsen für Dreimonatsgeld liegen derzeit um rund 50 Basispunkte höher als bei der Prognose im März unterstellt. Alles in allem erwarten wir, dass der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der zweiten Hälfte dieses Jahres und im Verlauf des kommenden Jahres etwas geringer sein wird als im März prognostiziert.

Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2007, 2008 und 2009

	2007				2008				2009			
	I	II	III	IV	I	II ^a	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	3,8	4,1	4,5	4,7	4,5	4,8	4,7	4,5	4,4	4,3	4,2	4,1
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	4,0	4,3	4,4	4,2	4,1	4,3	4,4	4,5	4,6	4,7	4,8	4,8
Tarifflohnindex ^{c,d}	0,5	1,7	1,5	1,1	2,3	2,7	2,5	2,6	2,8	2,9	3,0	3,1
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,32	1,34	1,39	1,46	1,55	1,57	1,58	1,58	1,58	1,58	1,58	1,58
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	92,7	93,5	93,1	93,6	94,1	94,2	94,2	94,2	94,2	94,2	94,2	94,2
Industrieproduktion im Ausland ^{f,g}	3,4	4,3	3,8	3,2	3,2	3,0	1,7	1,7	1,9	1,8	2,1	2,4
Rohölpreis ^h	58,1	68,7	75,0	89,0	96,7	121,0	130,0	130,0	130,0	130,0	130,0	130,0

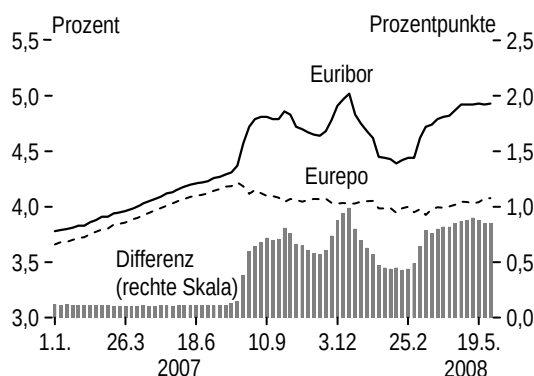
^aGeschätzt. — ^bPrognose. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^dAuf Stundenbasis. — ^eGegenüber 36 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtabatz, Index: 1999 I = 100. — ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^gIn 45 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export. — ^hUS-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Finanzierungsbedingungen verschlechtern sich weiter

Die Finanzmarktkrise dauert an. Vor allem die Verspannungen am Geldmarkt haben sich noch nicht aufgelöst. Anders als im Frühjahr erwartet besteht weiterhin eine Vertrauenskrise im Interbankenhandel, die sich zuletzt sogar wieder leicht verschärfte. Abzulesen ist dies an der Differenz zwischen dem Zins für unbesichertes Dreimonatsgeld (Euribor) und dem für besichertes Dreimonatsgeld (Eurepo). Nachdem sich dieser Risikoaufschlag nach der Jahreswende bis auf rund 0,5 Prozentpunkte zurückgebildet hatte, schnellte er Ende März wieder hoch und lag zuletzt mit rund 0,9 Prozentpunkten nur unwesentlich unter dem Rekordhoch, das Mitte Dezember 2007 erreicht worden war (Abbildung 3). In der Folge übertraf der Satz für unbesichertes Dreimonatsgeld Ende Mai mit knapp 5 Prozent deutlich den maßgeblichen Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) von 4 Prozent. Dadurch dürften die Refinanzierungskosten der Banken weiterhin signifikant höher sein, als es normalerweise bei einem Mindestbietungssatz von 4 Prozent der Fall wäre.¹

Abbildung 3:
Geldmarktsätze für besichertes und unbesichertes
Dreimonatsgeld 2007–2008



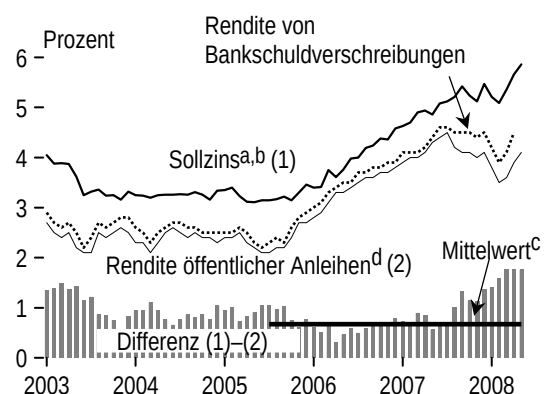
Quellen: EZB, Monatsbericht (lfd. Jgg.); Eurepo (2008); eigene Berechnungen.

¹ Vgl. dazu auch Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2008: 72–74).

In der Folge ist der Risikoaufschlag für neue Kredite von Banken an Unternehmen weiterhin höher als bis zum Beginn der Krise; im März und im April ist er sogar nochmals leicht gestiegen und betrug im April rund 1,8 Prozentpunkte (Abbildung 4). Während bis vor drei Monaten allerdings die sinkenden Kapitalmarktzinsen dafür sorgten, dass der durchschnittliche Sollsatz für neue Bankkredite an Unternehmen mit einem Volumen von über 1 Mill. Euro trotz erhöhten Risikoaufschlags relativ konstant blieb, hat er sich zuletzt bei steigenden Kapitalmarktzinsen erhöht und lag im März bei 5,4 Prozent. Wird unterstellt, dass sich der Risikoaufschlag gegenüber den Kapitalmarktzinsen zuletzt nicht geändert hat, dürfte der durchschnittliche Sollzinssatz im Mai sogar 5,9 Prozent betragen haben.

Auch die von der EZB in ihrem Bank Lending Survey abgefragten Kreditvergabestandards der Banken deuten auf eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen hin. Die Ergebnisse der Umfrage vom Mai bestätigen die Verschärfung der Standards aus dem ersten Quartal. So lag der Saldo aus der Zahl der Banken, die eine Anhebung der Standards angaben, und der Zahl jener Banken, welche über eine Lockerung be-

Abbildung 4:
Sollzins der Banken und Kapitalmarktzinsen 2003–2008



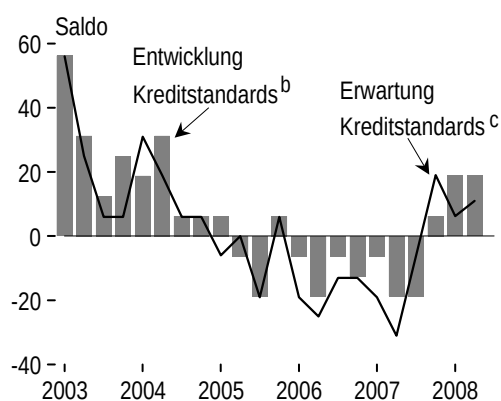
^aFür Unternehmenskredite über 1 Mill. Euro mit variabler Verzinsung oder Zinsbindung bis zu einem Jahr. — ^bFür April und Mai 2008 unter der Annahme eines gegenüber März unveränderten Risikoaufschlags geschätzt. — ^cÜber den Zeitraum von August 2005 bis Juli 2007. — ^dMit einer Restlaufzeit von 1–2 Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht (lfd. Jgg.).

richteten, unverändert bei 19 (Abbildung 5). Dabei beschleunigte sich die Straffung der Standards für Kredite an Großunternehmen, während die Bedingungen für kleinere Firmen moderater anzogen als noch im ersten Quartal. Insgesamt dürfte die Fremdfinanzierung über Bankkredite für Unternehmen in Deutschland auch im zweiten Quartal schwieriger und teurer geworden sein.

Hingegen hat die Wechselkursentwicklung des Euro in den vergangenen drei Monaten die monetären Rahmenbedingungen nur noch leicht negativ beeinflusst. Nachdem sich am Markt die Erwartung durchgesetzt hatte, dass die Fed den Zinssenkungen der jüngsten Vergangenheit wohl keine weiteren Zinsschritte nach unten wird folgen lassen, hat der Euro seine Aufwertung gegenüber dem US-Dollar gestoppt. Von seinem Hoch bei 1,60 Mitte April fiel der Wechselkurs Anfang Mai auf rund 1,54, bevor er in den vergangenen Wochen wieder leicht anzog. Aufgrund der hohen effektiven Aufwertung des Euro bis zum ersten Quartal des laufenden Jahres hat sich jedoch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im zweiten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal um $\frac{3}{4}$ Prozent verschlechtert.

Abbildung 5:
Veränderung der Vergabestands für Unternehmenskredite in Deutschland 2003–2008^a



^aSaldo aus Banken, welche eine Anhebung der Standards angeben, und Banken, die über eine Lockerung berichten. — ^bIn den vergangenen drei Monaten. — ^cFür die kommenden drei Monate.

Quelle: EZB, Bank Lending Survey (lfd. Jgg.).

Für den Prognosezeitraum gehen wir weiterhin davon aus, dass die EZB den Leitzins auf dem jetzigen Niveau belässt. Die Risikoaufschläge am Geldmarkt werden sich graduell zurückbilden, auch wenn es zurzeit so scheint, als dauere dies länger als noch im Frühjahr angenommen. Die Kapitalmarktzinsen dürften nicht zuletzt aufgrund der höheren Inflation leicht anziehen. Für den Euro unterstellen wir einen Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar von 1,58. Vor diesem Hintergrund und den von uns prognostizierten Preisentwicklungen wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland im Prognosezeitraum nicht verändern.

Budgetüberschüsse trotz stark steigender Ausgaben

Die Finanzpolitik war in den vergangenen Jahren durch ein beachtliches Maß an Ausgaben- disziplin geprägt. Zusammen mit der kräftigen Konjunktur hat dies bewirkt, dass die Ausgaben des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlands- produkt stark gesunken sind (Tabelle 2). Im Jahr 2008 wird der Sparkurs aufgegeben. Die Ausgaben des Staates dürften um 2,5 Prozent zunehmen, nachdem sie im Zeitraum 2003– 2007 um jahresdurchschnittlich lediglich 0,3 Prozent ausgeweitet worden waren.

Die Löhne im öffentlichen Dienst werden im Jahr 2008 erstmals seit Jahren merklich, und zwar je Stunde um knapp 3 Prozent, angehoben, und der Personalbestand dürfte wieder erhöht werden. Außerdem werden der Sachaufwand der Gebietskörperschaften (insbesondere in den Bereichen Verteidigung sowie Bildung und Forschung) und der der Sozialversicherung merklich expandieren. Zudem werden die öffentlichen Investitionen kräftig ausgeweitet. Überdies werden verschiedene Sozialleistungen aufgestockt. So werden die Ausgaben für das Eltern- bzw. Erziehungsgeld steigen, und der Kreis derer, die einen sogenannten Kinderzuschlag (anstatt des Sozialgeldes bei Bezug des

Tabelle 2:

Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 2000–2009^a (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt)

	Ausgaben	Steuern ^b	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen ^c	Budgetsaldo
2000	47,6 ^d	25,0	18,3	3,1	–1,2
2001	47,6	23,3	18,2	3,3	–2,8
2002	48,1	22,8	18,2	3,4	–3,7
2003	48,5	22,8	18,3	3,4	–4,0
2004	47,1	22,2	17,9	3,2	–3,8
2005	46,9	22,4	17,7	3,4	–3,4
2006	45,4	23,3	17,3	3,2	–1,6
2007	43,8	24,3	16,5	3,1	0,1
2008 ^e	43,4	24,2	16,2	3,1	0,1
2009 ^e	43,5	24,1	16,2	3,3	0,1

^aAbgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). — ^bEinschließlich der Erbschaftsteuer und der der Europäischen Union zustehenden Steuern. — ^cAusschließlich Erbschaftsteuer; nach Abzug der EU-Steuern. — ^dDie Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sind nicht als negative Ausgaben berücksichtigt. — ^ePrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Arbeitslosengeldes II) beanspruchen können, wird erweitert. Ferner werden die Aufwendungen für Ausbildungsbeihilfen erhöht. Außerdem wird älteren Arbeitslosen mit einem Anspruch auf Arbeitslosengeld dieses rückwirkend ab Januar 2008 über einen längeren Zeitraum gewährt. Auch werden der Bund und die Bundesagentur für Arbeit zusätzliche Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einsetzen. Darüber hinaus werden die Renten und – daran gekoppelt – der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II und der der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 1. Juli um 1,1 Prozent und damit stärker als gemäß der bislang geltenden Formel erhöht.² Schließlich werden zusätzliche Vermögenstransfers geleistet. So wird die Entwicklungshilfe aufgestockt. Auch wenden der Bund und einzelne Länder (z.B. Nordrhein-Westfalen und Sachsen) erhebliche Mittel auf, um öffentlich-rechtliche Banken zu unterstützen, nachdem diese infolge von Fehlspekulationen

² Der (im vorliegenden Fall dämpfende) Einfluss des sogenannten Nachhaltigkeitsfaktors wird nicht berücksichtigt.

nen im Zusammenhang mit der US-Immobilienkrise Verluste realisierten oder für Verluste anderer Banken eintreten mussten.³ Die Ausgaben für Arbeitslosengeld und für Arbeitslosengeld II werden dagegen angesichts der insgesamt günstigen Konjunktur nochmals sinken.

Die Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge insgesamt dürfte im Jahr 2008 abnehmen. Zwar wird die Lohnsteuerbelastung angesichts eines deutlich beschleunigten Lohnanstiegs progressionsbedingt stark steigen; beträchtliche Steuermindereinnahmen (6 ½ Mrd. Euro) sind aber infolge der Reform der Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung zu erwarten.⁴ Der Beitragssatz in der Sozialversicherung insgesamt wird deutlich niedriger sein als im Jahr 2007. Zwar wird der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung etwas steigen und der in der sozialen Pflegeversicherung zum 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte erhöht, der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung aber wurde am 1. Januar 2008 um 0,9 Prozentpunkte gesenkt.

Das Steueraufkommen wird im Jahr 2008 wegen der insgesamt günstigen Konjunktur vermutlich um 3,8 Prozent auf 559 Mrd. Euro steigen. Dies trägt dazu bei, dass das Budget des Staates im Jahr 2008 wie im Vorjahr einen Überschuss in Höhe von rund 3 ½ Mrd. Euro aufweisen dürfte. Das strukturelle Budgetdefizit des Staates wird allerdings wohl wieder etwas zunehmen.

Im Jahr 2009 dürften die Ausgaben des Staates um 3 Prozent und damit leicht beschleunigt

³ Die betreffenden Ausgaben der öffentlichen Hand werden auf 2 ½ Mrd. Euro veranschlagt; davon entfallen 1,2 Mrd. Euro auf den Bund. Sie werden hier als Vermögensübertragungen an Unternehmen erfasst. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass die aufgewendeten Beträge nur in der Finanzstatistik, und zwar als Beteiligungserwerb, ausgewiesen werden; in diesem Fall würde allerdings das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) mit großer Wahrscheinlichkeit vorschreiben, dass die Ausgaben nachträglich in die VGR einbezogen werden.

⁴ Die hohen Abschreibungen vieler Banken dürften nicht nur im Jahr 2008 zu nennenswerten Mindereinnahmen bei der Körperschaftsteuer und bei der Gewerbesteuer führen. Die Kapitalerträge des Staates aus der Beteiligung an öffentlich-rechtlichen Banken werden infolge der Gewinneinbußen oder Verluste dieser Banken wohl deutlich sinken.

expandieren. Ein Teil des Anstiegs der Ausgaben (0,3 Prozentpunkte) hat freilich nur buchungstechnische Bedeutung. Den Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen gegenüber. Dazu kommt es deshalb, weil die Struktur der Zahlungen Deutschlands an die EU geändert wird.⁵ Wahrscheinlich werden die Löhne im öffentlichen Sektor (mit rund 3 Prozent) ähnlich stark erhöht wie im Jahr 2008. Der Personalbestand dürfte angesichts der verbesserten Finanzlage etwas beschleunigt zunehmen, wenngleich der kräftige Lohnanstieg im öffentlichen Dienst dämpfend wirkt. Die öffentlichen Investitionen werden dagegen – nach dem starken Anstieg in den drei Jahren zuvor – wohl leicht abgeschwächt ausgeweitet. Die Renten dürften im Juli 2009 wegen des Eingriffs in die Rentenformel, aber auch wegen des beschleunigten Lohnanstiegs im Jahr 2008 wesentlich stärker als im Juli 2008 angehoben werden. Auch andere Transfers wie z.B. das Wohngeld werden kräftig erhöht. Vermutlich wird auch das Kindergeld aufgestockt; für die Prognose ist unterstellt, dass zusätzliche Ausgaben in Höhe von 2 Mrd. Euro getätigt werden. Weitere Ausgaben könnten dann erforderlich werden, wenn der Staat aufgrund von Bürgschaften zugunsten von Banken, die von der Immobilienkrise betroffen sind, in Anspruch genommen wird; die betreffenden Risiken sind beträchtlich.

Die Abgabenbelastung wird im Jahr 2009 voraussichtlich konstant bleiben. Die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge dürfte sich insgesamt kaum ändern. Der Beitragssatz in der Krankenversicherung wird wohl – angesichts höherer Aufwendungen für ärztliche Leistungen

infolge einer Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte – etwas steigen; der Satz in der Gesetzlichen Rentenversicherung wird trotz der entstandenen Überschüsse konstant bleiben. Offen ist, ob der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung gesenkt wird, obwohl eine Verringerung, die Wachstum und Beschäftigung stärken würde, ohne Weiteres finanzierbar ist (Boss 2007). Wir erwarten eine Reduktion des Satzes um 0,3 Prozentpunkte auf 3 Prozent.

Große Änderungen der Besteuerung sind trotz der intensiven steuerpolitischen Debatte nicht zu erwarten. Was die Einkommensteuer betrifft, so wäre es zwar angebracht, die bei unverändertem Recht aus der Steuerprogression resultierenden heimlichen Steuererhöhungen durch eine Indexierung des Steuertarifs sowie der Pausch-, Frei- und Höchstbeträge zu vermeiden. Aufgrund der Äußerungen von Mitgliedern der Bundesregierung und der großen Parteien halten wir es aber für nicht wahrscheinlich, dass entsprechende Maßnahmen schon im Jahr 2009 in Kraft treten werden; vermutlich wird es dazu erst nach der Bundestagswahl kommen. Allerdings wird voraussichtlich der Wert für das vom Staat garantierte Mindesteinkommen – als Folge einer Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums – angehoben. Dies würde bedeuten, dass der Grundfreibetrag bei der Einkommensbesteuerung und der Kinderfreibetrag, aber auch das Arbeitslosengeld II und vergleichbare Transfers erhöht werden.

Unter den skizzierten Annahmen für die Finanzpolitik dürfte bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2009 abermals ein Überschuss im Staatshaushalt entstehen. Das strukturelle Budgetdefizit des Staates wird voraussichtlich geringfügig abnehmen.

Geringere Ausfuhrdynamik

Die Ausfuhr dürfte im zweiten Quartal 2008 erneut lebhaft zugenommen haben. Zwar waren die Auftragseingänge aus dem Ausland im ver-

⁵ Der EU fließen neben den Zolleinnahmen sogenannte Mehrwertsteuer-Eigenmittel und bruttonational-einkommensbezogene Eigenmittel zu. Erstere werden im Zuge einer Reform der EU-Finanzierung – bei einem Rückgang der Summe aus beiden Quellen – gesenkt, Letztere erhöht. Im System der VGR hat dies zur Folge, dass die Steuereinnahmen, die die Zolleinnahmen und die Mehrwertsteuer-Eigenmittel nicht umfassen, zunehmen und die Staatsausgaben, zu denen die einkommensbezogenen Eigenmittel zählen, in gleichem Maße steigen. Bei der in Tabelle 2 gewählten Abgrenzung der Staatseinnahmen schlägt sich die Änderung der Struktur der Zahlungen an die EU in erhöhten sonstigen Einnahmen und in höheren Ausgaben nieder.

arbeitenden Gewerbe im ersten Quartal rückläufig, jedoch sind noch hohe Auftragsbestände abzarbeiten, die vor dem Jahreswechsel aufgelaufen waren. Dies dürfte dazu geführt haben, dass der Anstieg der Lieferungen gegenüber dem ersten Quartal sogar an Schwung gewonnen hat. Andere Frühindikatoren wie die Exporterwartungen der Unternehmen und der von uns berechnete Indikator der Unternehmenszuversicht in 41 – mit ihrem Anteil am deutschen Export gewichteten – Abnehmerländern haben sich weiter eingetrübt. Die zuletzt verzeichneten Rückgänge waren allerdings nicht gravierend, und beide Indikatoren befinden sich nach wie vor auf einem relativ hohen Niveau. Dies deutet darauf hin, dass die Ausfuhr in der zweiten Jahreshälfte infolge der zurückliegenden Aufwertung des Euro und der Abkühlung der Weltkonjunktur zwar an Dynamik einbüßen wird, die Abschwächung aber geringer sein dürfte als bisher erwartet. Mit der weltwirtschaftlichen Erholung im Laufe des kommenden Jahres dürfte die Ausfuhr im späteren Verlauf des Prognosezeitraums wieder an Schwung gewinnen. Die Importe dürften im Prognosezeitraum zunächst ebenfalls an Fahrt verlieren, da sowohl die Binnennachfrage als auch die Exporte weniger rasch ausgeweitet werden. Stützend auf die Importe wirkt allerdings, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Hersteller durch die Aufwertung des Euro verbessert hat. Zum Ende des Prognosezeitraums dürfte die Einfuhr mit der Erholung der Konjunktur wieder etwas rascher expandieren.

Nach dem jüngsten Schub beim Weltmarktpreis für Rohöl werden die Importpreise im Sommerhalbjahr weiter kräftig zulegen, wenngleich etwas gedämpft durch die Aufwertung des Euro. Für den weiteren Prognosezeitraum sind konstante Ölpreise bei einem Niveau von 130 US-Dollar je Barrel unterstellt. Die Preise für nichtenergetische Rohstoffe werden voraussichtlich etwas sinken. Unter diesen Annahmen werden die Importpreise im kommenden Jahr kaum steigen. Im Jahresdurchschnitt wird der Deflator der Einfuhr im laufenden Jahr um reichlich 2 Prozent und im kommenden Jahr um knapp 1 Prozent über seinem Vorjahreswert liegen. Die Terms of Trade verschlechtern sich

im laufenden Jahr deutlich und im kommenden Jahr leicht.

Anstieg der Binnennachfrage verliert an Schwung

Nach einem sehr kräftigen Anstieg zu Jahresbeginn wird die Expansion der Binnennachfrage im Prognosezeitraum deutlich an Schwung einbüßen. Mit Blick auf die Entwicklung in den kommenden Monaten ist vor allem von Bedeutung, dass die Zunahme im ersten Quartal die zugrundeliegende Dynamik aufgrund des Zusammentreffens mehrerer Sondereffekte deutlich überzeichnet. So wurde die Ausweitung der Bauinvestitionen erheblich durch die milde Witterung begünstigt. Legt man Umfragewerte des ifo Instituts zugrunde, so waren die Produktionsbehinderungen im Baugewerbe durch ungünstige Witterungsverhältnisse im ersten Quartal ähnlich gering wie zu Jahresbeginn 2007; beide Quartale zählen zu den Zeiträumen mit den geringsten witterungsbedingten Produktionsbehinderungen seit 1960. Außerdem expandierten die Ausrüstungsinvestitionen sehr stark. Hier dürfte eine Rolle gespielt haben, dass Investitionsgüter, die im vergangenen Jahr bestellt worden waren, um noch in den Genuss der seit Jahresbeginn 2008 entfallenen günstigeren Abschreibungsbedingungen zu kommen, aufgrund der hohen Kapazitätsauslastung im Investitionsgütergewerbe nicht mehr fristgerecht fertig gestellt werden konnten.⁶ Darüber hinaus wurden die Vorratsinvestitionen spürbar ausgeweitet. All diese Sondereffekte dürften im zweiten Quartal entfallen sein; der durch sie ausgelöste Sprung des Nachfrageniveaus dürfte daher zum großen Teil korrigiert worden sein,

⁶ Unternehmen hatten bis zum Jahresende 2007 die Möglichkeit, eine steuerfreie Rücklage für Investitionen im Folgejahr nach § 7g EStG zu bilden. Sie hatten insofern einen steuerlichen Anreiz, bis Jahresende 2007 Investitionsgüter zu bestellen, auch wenn deren Auslieferung bis zum Jahresende wegen der hohen Kapazitätsauslastung im Investitionsgütergewerbe nicht sichergestellt war.

so dass Anlage- und Vorratsinvestitionen deutlich rückläufig waren.

Aber auch längerfristig wird die Dynamik der Binnennachfrage nachlassen. Insbesondere haben sich die Rahmenbedingungen für die Unternehmensinvestitionen mit anziehenden Finanzierungskosten, steigenden Löhnen und Rohstoffpreisen sowie eingetrübten Absatzperspektiven spürbar verschlechtert. Zudem wird die Nachfrage nach Investitionsgütern durch die aus steuerlichen Erwägungen in das Jahr 2007 vorgezogenen Anschaffungen gedämpft (Tabelle 3). Die Wohnungsbauinvestitionen werden abnehmen; hier schlagen sich neben den erhöhten Finanzierungskosten und dem schwachen Anstieg der real verfügbaren Einkommen auch die deutlichen Bestandserweiterungen der vergangenen Jahre bremsend nieder. Weiterhin kräftig expandieren werden allerdings vor dem Hintergrund der gefüllten öffentlichen Kassen die öffentlichen Bauinvestitionen.

Wichtig für die Entwicklung der Binnennachfrage ist darüber hinaus, dass sich die Perspektiven für eine spürbare Ausweitung der privaten Konsumausgaben eingetrübt haben. Zwar dürfte die gestiegene Beschäftigung im laufenden Jahr für einen Stimulus sorgen, der dadurch verstärkt wird, dass die Selbstständigenhaushalte nach dem Wegfall der steuerlichen

Investitionsanreize vom vergangenen Jahr ihren Konsum beschleunigt ausweiten. Gleichwohl fällt die Erholung beim Konsum geringer aus als bisher erwartet, da mit dem abermaligen kräftigen Anziehen der Energiepreise die Expansion der real verfügbaren Einkommen merklich geringer ausfällt als bisher unterstellt. Mit Blick auf das Jahr 2009 kommt hinzu, dass der Aufschwung am Arbeitsmarkt zu Ende geht. Im Durchschnitt des kommenden Jahres wird die Erwerbstätigkeit nur noch geringfügig steigen. Die Bruttolöhne und -gehälter werden trotz rascher steigender Effektivlöhne schwächer expandieren als im laufenden Jahr, netto fällt die Zunahme aufgrund der verschärften Steuerprogression noch geringer aus. Bei verlangsamt steigenden realen Selbstständigeneinkommen werden die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2009 noch langsamer anziehen als 2008. Die privaten Konsumausgaben werden vor diesem Hintergrund nur wenig zulegen.

Preisauftrieb schwächt sich nur wenig ab

Die Lebenshaltungskosten sind stark gestiegen; allerdings hat sich der Preisauftrieb zuletzt leicht abgeschwächt. So lagen die Verbraucherpreise im Mai um 2,6 Prozent (laufende Jahresrate) über ihrem Stand von sechs Monaten zuvor, nach einer Rate von 3,3 Prozent zum Jahreswechsel (Abbildung 6). Deutlicher war der Rückgang beim Verbraucherpreisindex ohne Energie, der im Sechsmonatsvergleich mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 Prozent (April) merklich langsamer anzog als noch im Dezember (2,5 Prozent). Während im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres und Anfang dieses Jahres besonders der Preisanstieg für Nahrungsmittel zur Inflation beitrug, stiegen seit Jahresanfang vor allem die Preise für Energie beschleunigt; im Sechsmonatsvergleich zog der Preisauftrieb hier von 8,6 Prozent (Januar; laufende Jahresrate) auf zuletzt 16,1 Prozent (April)

Tabelle 3:
Reale Anlageinvestitionen 2006–2009 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

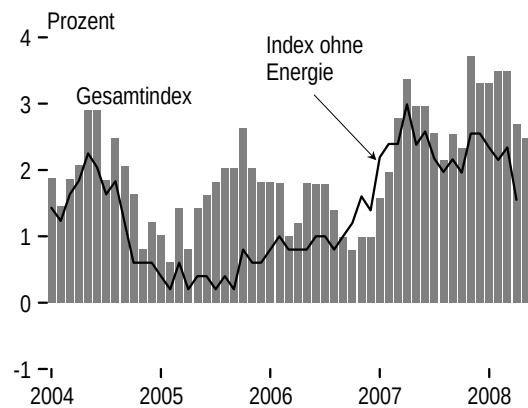
	2006	2007	2008 ^a	2009 ^a
Anlageinvestitionen	6,1	5,0	3,7	-0,3
Unternehmensinvestitionen	7,1	6,9	4,7	0,2
Ausrüstungen	8,3	8,2	6,0	0,7
Sonstige Anlagen	6,7	6,6	1,4	2,9
Wirtschaftsbau	4,0	3,5	2,6	-2,0
Wohnungsbau	4,3	0,6	1,6	-2,5
Öffentlicher Bau	4,9	7,2	3,7	4,1
Nachrichtlich:				
Bauinvestitionen	4,3	2,3	2,5	-1,5

^aPrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Kon-
ten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt,
Fachserie 18, Reihe 1.2 (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und
Prognosen.

Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

Abbildung 6:
Verbraucherpreisanstieg 2004–2008^{a,b}



^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

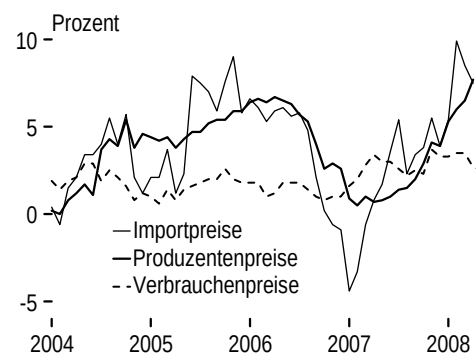
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

an, während die Preise für Nahrungsmittel nur noch um 5,2 Prozent (laufende Jahresrate) über ihrem Stand von vor sechs Monaten lagen, nach einer Rate von 12,1 Prozent im Januar.

Neben den Preisen auf der Verbraucherstufe legten in den vergangenen Monaten auch die Importpreise sowie die Produzentenpreise beschleunigt zu (Abbildung 7). Auch wenn diese Entwicklung aufgrund des stark gestiegenen Ölpreises am deutlichsten bei den Produzentenpreisen für Energieprodukte zu beobachten war, beschleunigte sich auch der Preisanstieg für andere wichtige Produktkategorien wie chemische Erzeugnisse und Vorleistungsgüter. Bedenkt man, dass die höheren Preise wohl zeitversetzt an die Verbraucher weitergegeben werden, spricht kurz- bis mittelfristig wenig für einen schnellen Rückgang der Verbraucherpreisinflation.⁷

⁷ Eine Regression der Veränderung des Verbraucherpreisindex auf nach Signifikanz Gesichtspunkten ausgewählte verzögerte Veränderungen des Produzentenpreisindex, verzögerte Veränderungen des Importpreisindex sowie autoregressive Terme über den Zeitraum Februar 1971 bis April 2008 ergibt eine langfristige Elastizität der Verbraucherpreise zu den Produzentenpreisen von 0,47 und von 0,04 zu den Importpreisen.

Abbildung 7:
Ausgewählte Preisindizes 2004–2008^{a,b}



^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderungen in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Trotz unserer Annahmen eines konstanten Ölpreises von 130 US-Dollar sowie eines konstanten Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,58 für den gesamten Prognosezeitraum wird von den Energiekostenanstiegen des ersten Halbjahres in den nächsten Monaten wieder Druck auf die Verbraucherpreise ausgehen.⁸ Dieser dürfte um den Jahreswechsel ausklingen. Darüber hinaus erwarten wir bei einer sich abschwächenden Weltkonjunktur von außenwirtschaftlicher Seite keinen Aufwärtsdruck auf die Preise. Von binnenwirtschaftlicher Seite spricht die Entwicklung der Arbeitskosten für weitere Preissteigerungen. So werden die nominalen Lohnstückkosten wohl im Jahr 2008 um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen und im nächsten Jahr um 2,0 Prozent. Dämpfend auf den Preisauftrieb dürfte bei abflauernder Konjunktur wirken, dass die Gewinnmargen der Unternehmen wohl sinken werden.

Alles in allem erwarten wir für das laufende Jahr einen Anstieg der Lebenshaltungskosten um 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei dürfte sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf

⁸ So hat z.B. eine große Zahl von Energieversorgern angekündigt, die Gaspreise Mitte des Jahres um rund 19 Prozent zu erhöhen. Unter der Annahme, dass davon 75 Prozent aller Gaslieferungen an Verbraucher betroffen sind, ergibt sich rein rechnerisch ein Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um rund 0,15 Prozent.

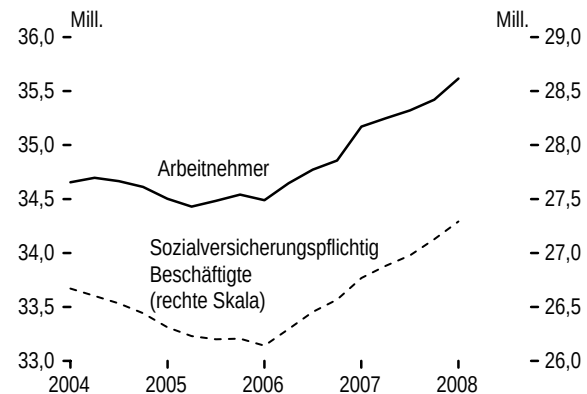
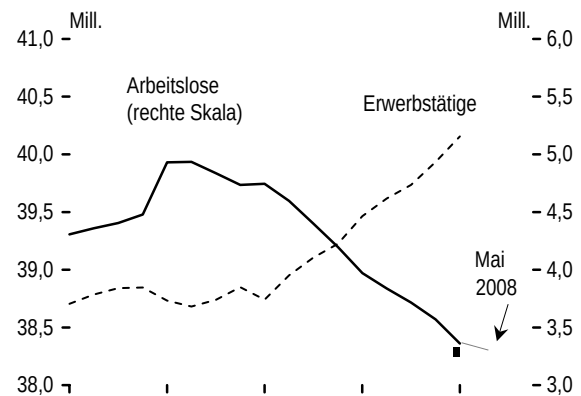
nur leicht abschwächen. Im Jahr 2009 wird die Verbraucherpreisinflation wohl noch 2,6 Prozent betragen. Die Revisionen von 0,5 bzw. 0,6 Prozentpunkten gegenüber unserer Prognose vom vergangenen März ergeben sich fast ausschließlich aus dem Anstieg des Ölpreises um 30 US-Dollar gegenüber unserer damaligen Annahme.⁹

Aufschwung am Arbeitsmarkt geht zu Ende

Am Arbeitsmarkt deutet sich eine Abkühlung an. Zwar ist die zuletzt zu beobachtende Stagnation der Arbeitslosenzahl (Abbildung 8) wohl vornehmlich der durch verschiedene Sondereffekte bedingten außerordentlich starken Ausweitung der Beschäftigung im ersten Quartal geschuldet. Aber auch im weiteren Verlauf des Jahres sind angesichts rückläufiger Kapazitätsauslastung bei gleichzeitig steigenden Arbeitskosten kaum noch nennenswerte Beschäftigungsgewinne zu erwarten.

In den ersten Monaten des Jahres 2008 sind eine Reihe von neuen Tarifverträgen abgeschlossen worden. Die Abschlüsse deuten auf eine merkliche Beschleunigung des Tariflohnanstiegs im laufenden und im kommenden Jahr hin. Beim Bund und bei den Gemeinden werden die Stundenlöhne, einschließlich der vereinbarten Einmalzahlungen und der Arbeitszeiterhöhung, im laufenden Jahr um fast 4 Prozent zulegen. Im kommenden Jahr steigen die Löhne im öffentlichen Dienst insgesamt um rund 3 Prozent, wenn man unterstellt, dass die Entgelte für die Beschäftigten der Länder deutlich stärker angehoben werden als im Jahr 2008. In der Chemischen Industrie wurden für das laufende Jahr ein Lohnplus von 4,4 Prozent zu-

Abbildung 8:
Arbeitsmarkt 2004–2008^a



^aSaisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3, Inlandsproduktsberechnung (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (lfd. Jgg.).

zätzlich einer Einmalzahlung von 0,5 Prozent sowie eine abermalige Anhebung nach 14 Monaten um 3,3 Prozent vereinbart. Für die Gesamtwirtschaft erwarten wir vor diesem Hintergrund mit Blick auf das laufende Jahr ein Anziehen der tariflichen Stundenlöhne um 2,6 Prozent; im kommenden Jahr dürften die Tariflöhne um 3 Prozent steigen. Die Effektiventlohnung dürfte im laufenden Jahr etwa im selben Ausmaß zunehmen, im kommenden Jahr dürfte sie etwas darüber liegen.¹⁰ Bereinigt um

⁹ Barrell und Kirby (2008) berechnen auf Basis des NiGEM-Modells sogar einen Verbraucherpreiseffekt eines Ölpreisanstiegs, der etwas größer ist als der von unseren Preisgleichungen angezeigte Effekt.

¹⁰ Die erhöhten Knappheiten in Teilen des Arbeitsmarktes wirken im gesamten Prognosezeitraum auf eine erhöhte Lohndrift hin. Im laufenden Jahr steht diesem Effekt die deutlich höhere Anzahl an Arbeitstagen entgegen, die für sich genommen dämpfend auf die Lohndrift wirkt.

den Anstieg des Deflators des Bruttoinlandsprodukts wird der Anstieg der Arbeitskosten mit 1 Prozent im laufenden und 1,3 Prozent im kommenden Jahr in der Nähe der trendmäßigen Zunahme der Arbeitsproduktivität liegen, die wir gegenwärtig auf 1 ¼ Prozent taxieren. Von den Arbeitskosten gehen daher im Prognosezeitraum kaum noch anregende Wirkungen auf die Beschäftigung aus.

Vor dem Hintergrund dieser Kostenentwicklung und unter Berücksichtigung des schwachen gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs wird das Arbeitsvolumen im weiteren Verlauf dieses Jahres leicht zurückgehen. Die Beschäftigung wird zunächst weiter steigen, wenn auch deutlich langsamer als in den beiden zurückliegenden Jahren. Die Arbeitslosigkeit wird abnehmen, jedoch deutlich langsamer als bisher. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote wird voraussichtlich zum Jahresende mit 7,5 Prozent ihren zyklischen Tiefpunkt erreichen. Im kommenden Jahr wird sie wieder leicht anziehen, da die Unternehmen auf die Konjunkturschwäche und das abermalige Anziehen der Arbeitskosten dann auch mit Entlassungen reagieren werden. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Arbeitslosen 2009 gleichwohl mit 3,21

Millionen etwas niedriger sein als im Jahr 2008 (Tabelle 4). Die Erwerbstätigkeit wird leicht oberhalb der Marke von 40 Millionen verharren, die sie im vergangenen Herbst erstmals überschritten hat.

Ausblick: Kapazitätsauslastung nimmt leicht ab

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird in der zweiten Hälfte dieses Jahres nur moderat zulegen. Vom Ausland dürften nur geringe Impulse ausgehen, da sich die Weltkonjunktur abschwächt und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Euro-Stärke gelitten hat. Gleichwohl ist ein Einbruch der Ausfuhr nicht zu erwarten, zumal das Exportsortiment der deutschen Unternehmen mit einem hohen Anteil an Investitionsgütern im Hinblick auf die nach wie vor hohe Expansion in den Wachstumszentren der Weltwirtschaft sehr vorteilhaft ist. Die Konjunktur im Inland dürfte noch eine Zeitlang durch den Kostenanstieg infolge der

Tabelle 4:
Arbeitsmarkt 2006–2009 (1 000 Personen)

	2006	2007	2008 ^a	2009 ^a
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	56 001	56 945	57 804	57 742
Erwerbstätige (Inland)	39 088	39 765	40 320	40 357
Selbständige ^b	4 392	4 446	4 466	4 470
Arbeitnehmer (Inland)	34 696	35 319	35 854	35 887
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26 382	26 971	27 575	27 615
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 835	4 914	4 944	4 970
Pendlersaldo	82	78	75	72
Erwerbstätige (Inländer)	39 006	39 687	40 245	40 285
Arbeitnehmer (Inländer)	34 614	35 241	35 779	35 815
Registrierte Arbeitslose	4 487	3 776	3 253	3 207
Arbeitslosenquote ^c (Prozent)	10,8	9,0	7,8	7,7
Erwerbslosenquote ^d (Prozent)	9,8	8,3	7,1	7,0

^aPrognose. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cAbgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^dStandardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept.

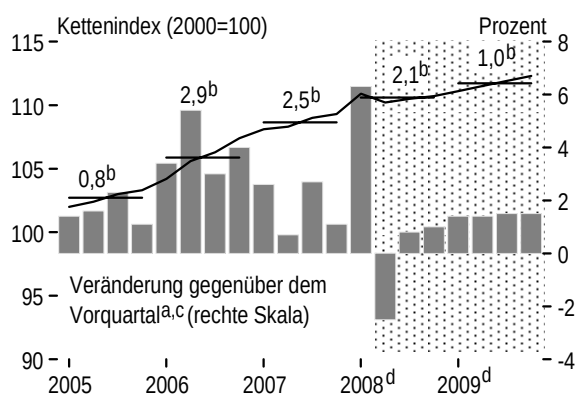
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

hohen Ölpreise belastet werden. In die gleiche Richtung wirken das relativ hohe Niveau der Zinsen am Geldmarkt und die Verschlechterung der Kreditkonditionen. Außerdem wird die Investitionstätigkeit durch die Eintrübung der Absatzaussichten im Ausland gedämpft. Daher dürften die Unternehmensinvestitionen kaum noch zunehmen. Die privaten Konsumausgaben werden sich nur leicht erholen, zumal der Preisauftrieb erst allmählich nachlässt und die Beschäftigung nur noch wenig zunehmen wird. Immerhin wird der Verbrauch der privaten Haushalte etwas höher sein als im Jahr 2007.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2008 voraussichtlich um 2,1 Prozent steigen (Abbildung 9). Die Unsicherheit für die Prognose haben wir erneut anhand von Konfidenzintervallen dargestellt. Die Spanne, in der die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2008 mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit liegt, reicht von 1,1 bis 3,1 Prozent (Abbildung 10).

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich nur noch wenig verbessern. Zum einen nimmt die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung ab, zum anderen gibt es vonseiten des Lohnanstiegs kaum noch Impulse für die Beschäfti-

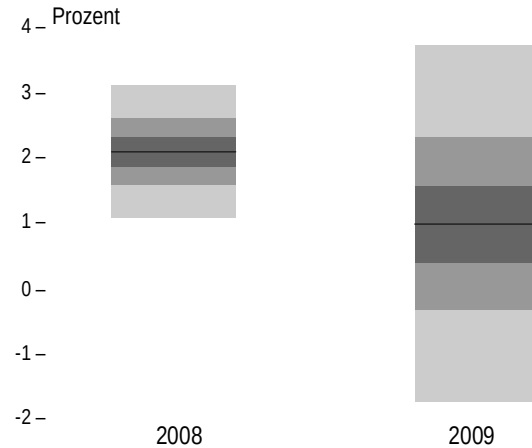
Abbildung 9:
Reales Bruttoinlandsprodukt 2005–2009^a



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^cAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^dAb 2008 II: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 10:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts^a 2008 und 2009



^aPrognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von 66, 33 und 5 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im zweiten Quartal der Jahre 1994–2007).

Quelle: Eigene Berechnungen.

gung. Im Durchschnitt des Jahres 2008 dürfte sich die Zahl der Arbeitslosen gleichwohl sehr deutlich, nämlich um reichlich 500 000 Personen, auf etwa 3,25 Millionen verringern (Tabelle 5). Die Inflationsrate dürfte sich allmählich zurückbilden, da – so unsere Annahme – der Ölpreis nicht weiter steigt und der Auftrieb bei den Nahrungsmittelpreisen nachlässt. Im Jahresdurchschnitt dürfte der Index der Verbraucherpreise um 2,9 Prozent höher liegen als im Vorjahr. Das ist die höchste Inflationsrate seit 15 Jahren.

Im kommenden Jahr dürfte die Weltwirtschaft wieder etwas rascher expandieren (Dovern et al. 2008), so dass die deutschen Exporte stärker zulegen dürften. Stützend wirkt auch, dass die negativen Effekte, die von der Euro-Aufwertung in diesem Jahr ausgehen, weitgehend abgeklungen sein werden. Somit wird sich der Wachstumsbeitrag von der Außenwirtschaft im Verlauf des Jahres nicht mehr verringern. Die Inlandsnachfrage wird in moderatem Tempo zunehmen. Dabei dürften die privaten Konsumausgaben annähernd stagnieren, auch weil sich die Zahl der Beschäftigten kaum noch

Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

Tabelle 5:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2007, 2008 und 2009^a

	2007				2008				2009			
	I	II	III	IV	I	II ^b	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Bruttoinlandsprodukt	2,6	0,7	2,7	1,1	6,3	-2,5	0,8	1,0	1,4	1,4	1,5	1,5
Private Konsumausgaben	-7,1	3,1	1,3	-3,1	1,3	1,0	1,7	0,5	0,2	0,2	0,0	0,0
Konsumausgaben des Staates	7,4	0,5	1,5	-2,5	5,1	1,6	2,5	2,1	1,9	1,9	1,9	1,9
Ausrüstungsinvestitionen	15,6	3,7	1,5	14,4	17,0	-9,0	2,5	-2,4	3,2	1,3	1,6	0,3
Bauinvestitionen	2,3	-14,4	3,0	-2,1	19,2	-9,0	-3,0	-1,2	0,5	0,5	0,6	0,2
Sonstige Anlagen	-9,3	17,1	12,4	16,8	-12,9	-6,7	4,8	-0,1	5,5	3,6	3,9	2,6
Vorratsveränderungen ^c	7,5	-4,4	1,2	0,2	2,8	-3,6	-0,8	0,5	1,1	0,0	-0,1	-0,2
Inländische Verwendung	6,3	-3,7	2,9	-1,0	7,9	-4,7	0,6	0,9	2,1	0,6	0,5	0,2
Ausfuhr	-1,4	3,3	10,3	5,1	10,1	13,0	-0,4	1,8	1,6	4,1	5,5	6,5
Einfuhr	6,4	-6,5	12,3	0,9	14,7	10,5	-1,1	1,7	3,1	2,8	3,9	4,3
Außenbeitrag ^c	-2,9	3,8	0,2	2,0	-0,6	2,3	0,2	0,2	-0,4	0,9	1,2	1,5
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland ^d	35 119	35 238	35 316	35 560	35 780	35 827	35 864	35 942	35 887	35 861	35 879	35 919
Arbeitslose ^d	3 970	3 840	3 717	3 572	3 361	3 274	3 233	3 145	3 206	3 235	3 215	3 171

^aKettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent).
— ^bPrognose. — ^cLundberg-Komponente. — ^d1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

erhöht; der Preisauftrieb wird jedoch nachlassen, so dass die real verfügbaren Einkommen von dieser Seite gestützt werden. Die Investitionstätigkeit dürfte leicht beschleunigt steigen, da sich die Absatzaussichten aufhellen; das Tempo bleibt allerdings mäßig. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im späteren Verlauf des Jahres 2009 wieder annähernd so stark zunehmen wie das Produktionspotential. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Anstieg um 1,0 Prozent (Tabelle 6). Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich im Jahresverlauf kaum noch verbessern, die Zahl der Arbeitslosen wird 2009 etwa 3,2 Millionen betragen. Die Inflationsrate wird auch im kommenden Jahr deutlich über der Marke von 2 Prozent liegen (2,6 Prozent).

Risiken für die Konjunkturprognose bestehen nach wie vor im Zusammenhang mit der US-Immobilienkrise. Es ist schwer abzuschätzen, wie stark die Immobilienpreise in den Vereinigten Staaten noch fallen werden und welche Konsequenzen für die wirtschaftliche Aktivität dort und in der übrigen Welt zu erwarten sind (Dovern und Jannsen 2008). Mit dem andauernden Höhenflug der Rohstoffpreise, insbesondere des Erdölpreises, ergibt sich zudem ein

Problem für die Geldpolitik. Die EZB will gemäß ihrer Strategie sicherstellen, dass die Verbraucherpreise auf mittlere Sicht um weniger als 2 Prozent pro Jahr steigen. Ist der Auftrieb der Weltmarktpreise nicht nur vorübergehend, sondern hält er über Jahre an, kann die EZB ihr Ziel nur dann erreichen, wenn die im Inland bestimmten Preise langsamer – oder im Extremfall sogar gar nicht – steigen.¹¹ Daher ist es möglich, dass die EZB in naher Zukunft die Zinsen, anders als von uns unterstellt, anheben wird. Dies wird insbesondere der Fall sein, sollten die Inflationserwartungen anziehen. Die Konjunktur in Deutschland und im übrigen Euroraum würde dadurch aller Wahrscheinlichkeit nach gedämpft werden. Vergrößert wird dieses Risiko dadurch, dass letztlich fast alle Notenbanken vor demselben Problem stehen. Wenn sie entsprechend reagieren, werden auch die Impulse aus dem Ausland nachlassen.

¹¹ Vgl. hierzu auch die Diskussion in Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2008: 71–72).

Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

Tabelle 6:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2006–2009

	2006	2006	2007	2008 ^a	2009 ^a
	Mrd. Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		2,9	2,5	2,1	1,0
Private Konsumausgaben		1,0	-0,4	0,7	0,4
Konsumausgaben des Staates		0,9	2,2	1,8	2,0
Anlageinvestitionen		6,1	5,0	3,7	-0,3
Ausrüstungsinvestitionen		8,3	8,2	6,0	0,7
Bauinvestitionen		4,3	2,3	2,5	-1,5
Sonstige Anlagen		6,7	6,6	1,4	2,9
Vorratsveränderung ^b		0,0	-0,1	0,0	0,0
Inländische Verwendung		1,9	1,0	1,4	0,5
Ausfuhr		12,5	7,8	7,8	3,3
Einfuhr		11,2	4,8	7,1	2,8
Außenbeitrag ^b		1,1	1,6	0,8	0,4
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 423,8	3,5	4,4	3,5	2,8
Private Konsumausgaben	1 374,4	2,3	1,2	3,5	3,0
Konsumausgaben des Staates	435,6	1,0	2,3	3,5	3,7
Anlageinvestitionen	449,6	6,7	7,8	5,0	1,0
Ausrüstungsinvestitionen	186,5	7,1	7,4	5,3	0,7
Bauinvestitionen	203,4	6,8	8,6	5,8	1,1
Sonstige Anlagen	27,1	3,7	3,3	-2,4	0,5
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)	-5,6	-4,7	-5,6	-5,8	-7,6
Inländische Verwendung	2 254,0	3,0	2,6	3,8	2,6
Ausfuhr	1 132,0	14,0	8,2	7,9	3,8
Einfuhr	962,2	14,3	4,6	9,4	3,7
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	169,8	126,4	169,8	168,7	175,8
Bruttonationaleinkommen	2 447,4	3,5	4,4	3,4	2,9
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		0,6	1,8	1,3	1,8
Private Konsumausgaben		1,4	1,7	2,8	2,6
Konsumausgaben des Staates		0,2	0,1	1,7	1,7
Ausrüstungsinvestitionen		-1,1	-0,7	-0,6	0,0
Bauinvestitionen		2,4	6,2	3,2	2,7
Sonstige Anlagen		-2,8	-3,1	-3,7	-2,3
Ausfuhr		1,3	0,4	0,1	0,5
Einfuhr		2,8	-0,2	2,1	0,9
Nachrichtlich: Verbraucherpreise		1,6	2,3	2,9	2,6
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen		3,6	4,1	4,0	2,8
Arbeitnehmerentgelte		1,7	2,9	3,8	2,9
in Prozent des Volkseinkommens		65,6	64,8	64,7	64,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen		7,2	6,6	4,3	2,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte		1,9	1,6	3,2	2,7
Sparquote (Prozent)		10,5	10,9	10,6	10,5
Lohnstückkosten, real ^c		-1,7	-1,5	0,2	0,1
Produktivität ^d		2,4	0,8	0,7	1,2
Arbeitslose (1 000)		4 487	3 776	3 253	3 207
Arbeitslosenquote (Prozent)		10,8	9,0	7,8	7,7
Erwerbstätige ^e (1 000)		39 088	39 765	40 320	40 357
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-37,3	3,3	3,6	2,8
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt		-1,6	0,1	0,1	0,1
Schuldenstand ^f		67,6	65,0	62,6	61,4

^aPrognose. — ^bLundberg-Komponente. — ^cArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ^dBruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — ^eInlandskonzept. — ^fIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Zur Diskussion über die Steuerpolitik

Die mittelfristigen Aussichten für die deutsche Wirtschaft sind zwar günstiger als noch vor wenigen Jahren. Gleichwohl dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2012 um lediglich 1 ½ Prozent steigen.¹² Auch dürfte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach 2008 kaum verbessern; damit bleibt die Arbeitslosenquote in Deutschland nennenswert höher als in vergleichbaren Industrieländern. Wesentlicher Grund hierfür ist, dass zusätzliche Arbeitsmarktreformen nicht geplant sind, einige Reformen sogar zurückgenommen werden und durch die Einführung von Mindestlöhnen die Beschäftigungschancen vermindert werden. Unter diesen Umständen ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Lohnzurückhaltung fortsetzt.

Von der Wirtschaftspolitik sind in diesem und im kommenden Jahr keine Maßnahmen zu erwarten, welche die Aussichten für Wachstum und Beschäftigung verbessern würden.¹³ Zwar ist eine Debatte darüber entbrannt, ob die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben verringert werden sollte. Doch sind die Konzepte wohl zu verschieden, als dass darüber noch in dieser Legislaturperiode in der Regierungskoalition Einvernehmen erzielt werden könnte. Zudem wird von einigen Vertretern der Bundesregierung auf absehbare Zeit „kein Spielraum“ gesehen, die Steuern zu senken. Diese Einschätzung ist dann richtig, wenn der Staat seine Ausgaben weiter kräftig erhöht und gleichzeitig anstrebt, eine Neuverschuldung zu vermeiden. Während das Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Haushalts weitgehend akzeptiert ist und zudem aus den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts folgt, ist der Ausgabenpfad jedoch nicht „vorgegeben“. Wenn die Staatsausgaben insgesamt spürbar langsamer steigen als

das nominale Produktionspotential, dann entsteht durchaus ein Spielraum für Steuersenkungen.¹⁴

In manchen Vorschlägen zur Steuerreform steht die Umverteilung im Vordergrund. Sollten vor allem niedrige Einkommen entlastet und hohe Einkommen belastet werden, so wäre für Wachstum und Beschäftigung nichts gewonnen. Wahrscheinlich wäre dies sogar kontraproduktiv, weil die Investitionstätigkeit und das Arbeitsangebot beeinträchtigt werden können, wenn der Verlauf des Steuertarifs steiler wird. Die Steuerpolitik sollte vielmehr darauf abzielen, die Arbeits-, Spar- und Investitionsanreize generell zu erhöhen. Das bedeutet, dass die marginalen Steuersätze umfassend gesenkt werden müssten. Die Effekte für Wachstum und Beschäftigung wären dann besonders groß, wenn der Staat gleichzeitig Finanzhilfen kürzte und verzerrende Eingriffe in das Steuersystem (insbesondere durch Steuervergünstigungen) abbaut.¹⁵ Trotz aller Versprechungen etwa im Herbst 2003, als die sogenannte Koch-Steinbrück-Liste erstellt worden war, wurde der Kurs der Subventionskürzungen nach einigen ersten Schritten nur unzureichend fortgesetzt. Zwar wurde die Eigenheimzulage abgeschafft, es wurden aber auch neue Steuervergünstigungen eingeführt (Boss 2008).

Im Rahmen der steuerpolitischen Diskussion wird auch vorgeschlagen, die Beiträge zur Sozialversicherung zu senken und die Einkommensteuer aufkommensneutral zu erhöhen. Dabei werden Beiträge und Steuern gleichgesetzt. Tatsächlich unterscheiden sie sich aber. Den Beiträgen stehen – jedenfalls grundsätzlich, wenngleich in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung in unterschiedlichem Umfang und bei einem im Zeitablauf insgesamt abnehmendem Ausmaß – Leistungen der Sozialversicherung gegenüber; es gilt prinzipiell das

¹² Vgl. die Mittelfristprognose im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2008: 60–62).

¹³ Für eine Reihe von Vorschlägen für die Wirtschaftspolitik vgl. Boss et al. (2008).

¹⁴ Dieser Spielraum kann auch dazu genutzt werden, die staatlichen Investitionen in Bildung und Forschung und in die Infrastruktur zu erhöhen. Dies ist z.B. im Rahmen der Strategie der „qualitativen Konsolidierung“ beschrieben. Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2007: 57–58).

¹⁵ Vgl. hierzu insbesondere Boss und Rosenschon (2008).

Äquivalenzprinzip.¹⁶ Steuern dienen dagegen der Finanzierung allgemeiner Staatsausgaben. Eine Umschichtung der Staatseinnahmen, die über Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherung realisiert wird, lässt sich nur in dem Maße begründen, in dem die Sozialversicherungsträger versicherungsfremde Leistungen¹⁷ tätigen; im Interesse einer größeren Transpa-

renz wäre es freilich besser, die betreffenden Ausgaben der Sozialversicherung in den Haushalt des Bundes zu verlagern. Wenn gleichwohl verstärkt umgeschichtet werden soll, dann ist eine Senkung des Beitragssatzes für alle Beitragszahler angebracht, nicht eine zusätzliche Staffelung des Beitragssatzes und damit die Entlastung spezifischer Gruppen.

Literatur

- Barrell, R., und S. Kirby (2008). Oil Prices and Growth. *National Institute Economic Review* 204: 39–42.
- Boss, A. (2007). Stärkere Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung! *Wirtschaftsdienst* 87 (12): 800–806.
- Boss, A. (2008). Steuervergünstigungen in Deutschland: eine Aktualisierung. Kiel Working Papers 1398. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., C.-P. Meier und J. Scheide (2008). Abschwächung der Konjunktur in Deutschland – was nun zu tun ist. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2008. Kieler Diskussionsbeiträge 449/450. IfW, Kiel.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2008). Der Kieler Subventionsbericht: eine Aktualisierung. Kieler Diskussionsbeiträge 452/453. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- Eurepo (2008). Historical Data. Via Internet (29. Mai 2008) <<http://www.eurepo.org/eurepo/historical.html>>.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Bank Lending Survey*. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Dovern, J., und N. Jannsen (2008). Immobilienmarktkrise in den Vereinigten Staaten. Historischer Vergleich und Implikationen für den Konjunkturverlauf. Kieler Diskussionsbeiträge 451. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

¹⁶ Am weitaus wenigsten ist dies in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der sozialen Pflegeversicherung der Fall. In der Renten- und in der Arbeitslosenversicherung hängen dagegen die Transfers stark von den geleisteten Beiträgen ab.

¹⁷ Zu deren Ausmaß vgl. Sachverständigenrat (2005).

- Dovern, J., K.-J. Gern, J. Hogrefe, N. Jannsen, B. van Roye und J. Scheide (2008). Deutlich verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2008. Kieler Diskussionsbeiträge 454/455. IfW, Kiel. In diesem Heft.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo-Konjunkturperspektiven*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2007). Aufschwung legt Pause ein. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007. Essen.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2008). Folgen der US-Immobilienkrise belasten Konjunktur. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008. Essen.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2005). *Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen. Jahresgutachten 2005/2006*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse*. Wiesbaden.

- 439./440. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2007
Kiel, März 2007. 76 S. 18 Euro.
- 441./442. Stärkeres Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland
*Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp
und Joachim Scheide*
Kiel, April 2007. 40 S. 18 Euro.
- 443./444. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2007
Kiel, Juni 2007. 35 S. 18 Euro.
- 445./446. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2007
Kiel, Oktober 2007. 67 S. 18 Euro.
- 447./448. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2007
Kiel, Dezember 2007. 55 S. 18 Euro.
- 449./450. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2008
Kiel, April 2008. 69 S. 18 Euro.
451. Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten. Historischer Vergleich
und Implikationen für den Konjunkturverlauf
Jonas Dovern und Nils Jannsen
Kiel, April 2008. 17 S. 9 Euro.
- 452./453. Der Kieler Subventionsbericht: eine Aktualisierung
Alfred Boss und Astrid Rosenschon
Kiel, Mai 2008. 74 S. 18 Euro.
- 454./455. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2008
Kiel, Juni 2008. 18 Euro.